

**Zeitschrift:** Beiträge zur Aargaugeschichte  
**Band:** 9 (1998)

**Artikel:** Geschichte der politischen Presse im Aargau : das 19. Jahrhundert  
**Kapitel:** Der Bezirk Zurzach  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-110598>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 04.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## 7. Der Bezirk Zurzach

### Das Zurzibiet: Pressepolitische Übersicht

Die Bezirke Baden und Zurzach haben zwar historisch die gleichen Wurzeln. Als Gemeine Herrschaft unterstanden sie demselben Landvogt. Die Herrschafts-Wechselspiele der eidgenössischen Vögte brachten in der Reformationszeit Wandlungen und Wirrnisse in religiöser Hinsicht und als Resultat geschlossene Gebiete katholischen Glaubens einerseits und Regionen mit starken reformierten Minderheiten andererseits. Damit sind auch schon alle Gemeinsamkeiten der beiden Bezirke aufgeführt.

Zwei Eigenheiten gaben dem Zurzibiet im 19. Jahrhundert ein ganz besonderes Gepräge. Einmal das enge Zusammenleben über die Rheingrenze hinweg, die familiären Bindungen mit dem Badischen, eine Tatsache, die diese Region mit dem Fricktal gemeinsam hat. Dann das Zusammenleben mit den Juden, die anfänglich zwar nur in Lengnau und Oberendingen wohnhaft waren, deren Handelstätigkeit sich aber weitgehend auf diesen Bezirk beschränkte, da sie die Nacht immer wieder in ihrem Ghetto verbringen mussten. Mit der Niederlassungsfreiheit im Kanton Aargau lockerte sich zwar diese Einschränkung. Der schmerzhafteste Prozess der Emanzipation der Juden beruhte aber auf jahrhundertealten Spannungen und verhärteten Vorurteilen: für einmal nicht Resultate des Fremdseins, sondern der Nähe und Enge.

•Um diese Pole kreiste die lokale Politik; und in jeder Phase aargauischer Sturmzeiten verknüpften sich die kantonalen Probleme mit den örtlichen Besonderheiten des Zurzibiets. Das gilt für 1840/41 genauso wie für 1847/48; für die demokratische Bewegung wie für die Kulturkampf-Zeit.

1840, das Erscheinungsjahr der ersten Zeitung in Zurzach, war verfassungsmässig als Zeitpunkt zur Revision des aargauischen Grundgesetzes vorgesehen. Die Position der liberalen, staatstragenden Partei war im Ostaargau nirgendwo gesichert. Neben Baden war Zurzach der beste Standort: was Baden durch seine Bäder war, bedeutete der Flecken Zurzach durch seine Messe. Kurz vor dem Bau der Eisenbahnen vermochte der traditionelle Messflecken nahe beim Knotenpunkt der mitteleuropäischen Wasserstrassen noch einmal seine Position zu halten. Hier hatte sich die Druckerei J.G. Bircher u. Comp. etabliert, die ab 1. Jan. 1840 den «Unterhaltungsfreund» herausgab, ein Blatt, das schon auf den 1. April des gleichen Jahres den Titel in «Aargauer Volksbote» umformte und damit höhere politische und räumliche Ansprüche anmeldete. Das Probeblatt vom 26. März 1840 verkündete, dass man sich in grösster «Freimüthigkeit» für die «Volksfreiheit» einsetzen wolle.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> SB, 31. März 1840

Damit ordnete sich diese Gründung in die allgemeinen Dezentralisierungstendenzen im Aargau ein. Die Nordostecke des Kantons wurde von andern politischen Aktualitäten bewegt als der «Moniteur» von Aarau.<sup>2</sup> «Das Bedürfnis nach einer eigenen Presse im Bezirk musste sich umso eher einstellen, als die ungünstige Verkehrslage ein zu spätes Eintreffen der anderswo – auch im Aargau – bereits erscheinenden Zeitungen verschuldete.»<sup>3</sup>

Angesichts der Tatsache, dass kleine Blätter vorwiegend die Texte aus andern Zeitungen ausschneiden, konnte der verkehrstechnische Grund nicht von Bedeutung sein. Entscheidend dürften die Eigeninteressen dieses Kantonsteiles gewesen sein, die Nachrichten lokalpolitisch einzufärben oder entsprechend auszuwählen.

Die Druckerei Birrcher in Zurzach blieb nicht lange allein. In den Jüppen (Full) gegenüber von Waldshut etablierte sich ein Badenser mit einer Druckerei, um vom sichern Port am Rheine aus die kritischen Hotzenwälder mit einem Presseorgan zu beeinflussen. Im gleichen Jahr 1841 wandelte sich der «Volksbote» von Zurzach in «Die Post» um.

Nach diesen kurzlebigen Experimenten verlor die Firma Birrcher für Jahre den Mut, eine Zeitung herauszugeben. Erst 1847/48 tauchte in Zurzach das «Wochenblatt» auf. Wieder zeichnete Bercher als verantwortlicher Redaktor.

Die Gründung des konservativen Blattes «Die Botschaft» im Jahre 1856 in Klingnau fällt in die Zeit eines neuerlichen pressepolitischen Interregnums im Bezirk Zurzach und beherrschte für kurze Zeit alleine das Feld. 1869 tauchte ein liberales Blatt – wiederum in Zurzach – auf und behauptete sich als Konkurrenz der «Botschaft» unter verschiedenen Namen lückenlos bis 1872. Schliesslich wurde 1895 von Oberendingen aus versucht, dem Surbtal eine eigene Zeitung zu vermitteln. Der Versuch misslang und führte 1899 zur Fusion mit dem «Volksblatt für den Bezirk Zurzach» (1900).

### **Der «Aargauer Volksbote»**

Vom «Unterhaltungsfreund», dem ersten Zeitungsprodukt der Druckerei Birrcher, fehlt jede Spur. Kein Exemplar vermittelt uns Einblick in die Tendenz, keine weitere Nachricht aus andern Blättern kündigt von ihrem Dasein.

Dass schon nach einem Quartal der Titel änderte, lässt uns vermuten, dass ein unpolitisches Anzeigebblatt in ein politisches Kampfblatt verwandelt worden ist. Das müsste das Werk von Gerichtsschreiber Bercher in Zurzach sein, der als Redaktor des neuen «Aargauer Volksboten» zeichnete. Als staatlicher Amtsträger gehörte er zwar zum System; das Umfeld und die Ferne zur

<sup>2</sup> Gemeint ist der Schweizerbote

<sup>3</sup> J. Schmid: 125 Jahre Zeitung in Zurzach. «Zurzacher Volksblatt» Jubiläumsnummer Nov. 1965

Hauptstadt vermittelten ihm die nötige Narrenfreiheit, die Menschen dieser Region zu politisieren. Mit der Verfassungsdiskussion drohten sowieso Sturmzeiten anzubrechen, und Exponenten verschiedener politischer Schattierung suchten ein Forum, sich mitzuteilen.

Kaum ist das Probeblatt der Zurzacher Zeitung erschienen, so fährt die Baslerzeitung schon unbarmherzig über diesselbe her, indem sie in Nro 77 sagt: «Eine possirliche neue Erscheinung im Gebiete des schweizerischen Journalismus ist der ‹Aargauer Volksbote›. Im Probeblatt verspricht er, wie das zu geschehen pflegt, nur das Beste und Schönste, Freiheit, Gesetzlichkeit, Wahrheit usw., so wie auch Humanität in Wort und That gegen Andersdenkende... Was es dann mit der versprochenen Humanität in Wort und That auf sich habe, zeigt der ‹Volksbote› gleich beim Artikel Luzern, wo mit Teufelsbraten, Spitzbubengesicht, Junkern und Pfaffen um sich geworfen wird.»<sup>4</sup>

Damit ist klar, dass die Zeitung von Anfang an freisinnig-fortschrittlich sein will, auch wenn sie den Standort im Ostargau nicht verleugnen kann.

Gleich der «Dorfzeitung» in Baden vermischte der «Volksbote» katholisch-liberale Anliegen wie freie Pfarrwahl, Parität des Grossen Rates mit der Anti-Aarau-Stimmung, die noch immer – vierzig Jahre nach dem Experiment «Canton Baden» – beim breiten Publikum Sympathie genoss. Das war nicht nur das Streben des Redaktors Bercher, sondern floss noch aufreizender aus der Feder von Herrn von Brutsch («Baron von Brutsch») und Pater Ambrosi, zwei Korrespondenten dieses Blattes, die über andere Presseorgane mehrmals bezeugt sind.<sup>5</sup> «Ein frevelhaftes Spiel wird getrieben», meinte die «Neue Aargauer Zeitung», die sonst immer vermitteln wollte, «alle schütten Oel in's Feuer». «Schwere Verantwortung ruht auf den Hetzern, die im Freiämter, im Posthörnchen, in der Dorfzeitung und im Aargauer Volksboten die Gemüther guter Bürger zu erhitzen suchen.» «Unser Volk aber... will keine Revolution.»<sup>6</sup> «Wer von Trennung spricht, – und sei es bloss konfessionelle, – sei es auch politische, der ist *Hochverräther*», meint dasselbe, sonst äusserst gemässigte Aarauer Blatt, denn es sei klar, «dass jede Trennung den Ruin des Kantons unvermeidlich nach sich zöge.»<sup>7</sup>

Diese Anklage war zwar speziell an den «Freiämter» adressiert, betraf aber alle «abtrünnigen» Liberalen aus dem Ostargau (A. Weissenbach, Ruepp etc.), die an öffentlichen Versammlungen nach mehr Volksfreiheit riefen und den jetzigen Machthabern drohten. «Der Aargauer Volksbote» predigt Revolution, und der nämliche Mann, der in höchster Gereiztheit die Spaltung des Kantons provoziert, der jetzt sich zu ultraorthodoxen Katholiken stellen möchte, und ihre Rechte, und mehr noch, mit angewöhnt barschem Tone

<sup>4</sup> AZ (B), 4. April 1840

<sup>5</sup> PH, 27. Okt. 1840

<sup>6</sup> NAZ, 28. Nov. 1840

<sup>7</sup> NAZ, 28. Nov. 1840

vindiziert, vergisst, dass er selbst es war, der vor fünf Jahren und früher schon mit allem Missbrauch der Rede die katholischen Institutionen und Priester höhnte, die er jetzt wieder sucht, weil anderwärts ihm der Boden unter den Füßen weicht.»<sup>8</sup> Es ist zu vermuten, dass dieser Angriff auf Herrn von Brutsch zielte, der im Jahr darauf den Aargau verlassen wird, um in Sursee, im «Eidgenossen», «seine Eier zu legen.»<sup>9</sup>

Die «Dorfzeitung» von Birmenstorf betätigte sich gerne als älterer Bruder des «Volksboten» und sparte nicht mit gutgemeinten Ratschlägen. «Unser Nachbar der Volksbothe, der seit einiger Zeit die Eier von fremden Hühnern ausbrütet», müsste sich, um wirklich Bruder zu bleiben, von gewissen Mitarbeitern trennen.<sup>10</sup> «Die abgeschiedene Aargauerzeitung möchte durch ihre Tochter, die Dorfzeitung, dem nachbarlichen Freunde, dem Bothen in Zurzach, die gutgemeinte Lehre geben, sich von zwei bekannten Schmierern aus dem Frickthal zurückzuziehen, weil ihm dieselben nur Schaden nie aber Nutzen bringen werden. Zudem will es der Dorfzeitung bedünken, der Bothe hätte auf seiner Reise schon einigemale die Selbstüberzeugung gemacht, dass jene fremdartige Waare ihn ganz eckelhaft angestunken.»<sup>11</sup> Ob mit «fremdartiger Waare» die badensische Kaspar-Hauser-Geschichte oder die katholischen Einflüsterungen der zwei vorgenannten Korrespondenten gemeint sind, lässt sich aus diesen Zitaten nur mit Mühe belegen. Dass sich aber die Dorfzeitung über jeden derben Spott Richtung Frömmelei oder «Aarau» freute, bezeugten die übernommenen «Meldungen»: «Laut Zurzacher Volksbothen sollen zwei neue Klöster im Aargau errichtet werden. Für die Einrichtung des sog. Weiberhauses soll der Hr. Bürgermeister Herzog von Effingen die Verpflichtung über sich genommen haben.»<sup>12</sup> Je absurder, desto volkstümlicher und damit besser. Die liberalen Herren des ehemaligen Berner Aargaus sind ja längst zu Konservativen geworden. «Unser lieber Nachbar, der Volksbothe in Zurzach, hat es seiner Freundin, der Aargauerzeitung laut seiner letzten Nro. ein wenig verübelt, dass sie ihn abermals zu den vornehmen Herrenzeitungen zu Aarau eingetheilt hat. Es hat dieses Übelnehmen von Seite des Bothen die Aargauerin oder künftige Dorfzeitung gefreut, denn sie hat dadurch die Überzeugung gewonnen, dass der Bothe sich keine Ehre daraus machen würde, wenn man ihn unter Umständen auch neben Hochgeachtete Herren setzen wollte. Unsere Freundschaft, lieber Nachbar, hat daher kein Loch, sondern wird von nun an ungetrübt fort dauern.»<sup>13</sup>

Das «kleine Bercherli», «Herausgeber der Zurzacher Post (sic), sei auch an der Badener Versammlung vom 29. November 1840 dabei gewesen, berich-

<sup>8</sup> NAZ, 28. Nov. 1840

<sup>9</sup> PH, Nr. 53, 1841

<sup>10</sup> DZ, 22. Juli 1840

<sup>11</sup> DZ, 25. Juli 1840

<sup>12</sup> DZ, 29. Juli 1840

<sup>13</sup> AZ (B), 17. Juni 1840

tete Joseph Zehnder von der «Dorfzeitung».<sup>14</sup> «Der 2-Fuss hohe Gerichtschreiber» Bercher habe damals in der Kaspar-Hauser-Geschichte «gemacht» und «wurde deswegen von der badischen Polizei verfolgt.» Trotzdem hätte dieser sich nach seinem Tagewerk «mehr drüben bei den badischen Nachbarn als in Zurzach» aufgehalten. Wäre er drüben erwischt worden, «so hätte er die Sonne kaum wiedergesehen.»<sup>15</sup>

Der «Aargauer Volksbote» präsentierte sich recht bescheiden. Er erschien zweimal wöchentlich am Donnerstag und Sonntag als zweiseitige Zeitung über vier Seiten und kostete vierteljährlich 12½ Batzen. Unter dem Strich zog sich über drei Seiten ein Feuilleton hin. Die Rubriken waren: Vaterländische Angelegenheiten (Kantone), Verschiedenes, Auswärtige Nachrichten (Staaten), wobei das Ausland auf der letzten Seite ca. die Hälfte umfasste. Eigentliches Anliegen der Redaktion war die kantonale und eidgenössische Innenpolitik.

Dementsprechend wurde für die Berichterstattung aus dem Grossen Rat viel Platz eingeräumt: Reden von liberal-katholischen Abgeordneten oder Regierungsräten wurden ausführlich zitiert. Konservative Meinungsträger beiderlei Konfession wurden angeprangert. «Die NAZ und nach ihr der Freiamter haben diejenigen katholischen und reformierten Mitglieder des Grossen Rathes namentlich aufgeführt, welche in der denkwürdigen Sitzung vom 4ten d.M. für oder gegen die Badenerkonferenzbeschlüsse gestimmt haben.»<sup>16</sup> Die perfide Absicht, die ihnen missfälligen Namen bei Andersdenkenden dadurch zu verketzern und zu verdächtigen, ist nicht zu verkennen, und ganz der Handlungsweise der Parthei angemessen, die jene Blätter vertreten.»<sup>17</sup> Die radikale Presse prophezeigte: Im Freiamt braut sich Schlimmes zusammen. Die Liberalen schweigen. «Aber wenn sie länger ruhen und schweigen, so theilen sie den Verrath und seine Schande wird auch ihre Namen treffen. «Ist denn kein Dalberg da?» »<sup>18</sup>

Für Bercher gründen die Spannungen darin, dass der Katholizismus weltliche Macht erstrebt. Ähnliche Verhältnisse wären 1790 im Oesterreich Josephs II. oder im Paris Louis-Philipps sichtbar. So treffen wir den Geist Wessenbergs<sup>19</sup> im «Volksboten» auch in Schmähworten wie «Jesuitismus»

<sup>14</sup> Tatsächlich konnte es zu diesem Zeitpunkt nur der «Volksbote» gewesen sein

<sup>15</sup> Notizen von Zehnder, S. 94. Er mokierte sich darin immer wieder über den Kleinwuchs des «Bercherli» (unter diesem Namen war er weit herum bekannt): «Wann er auf einem etwas höheren-Stuhle sass, meinte man einen rechten Mann vor sich zu haben, musste er aber herunter, dann meinte man, er könne sich unter dem Tisch gradauf verkriechen.» Am 12. Dez. 1840 in der «Dorfzeitung»: «Das Duodezmännchen Bercher aus Zurzach».

<sup>16</sup> Badener Konferenzbeschlüsse: Oberaufsicht des Staates über kirchl. Institutionen und Bewilligung päpstlicher Erlasse durch weltliche Behörden (Placet)

<sup>17</sup> «Aargauer Volksbote» AVB, 18. Juni 1840

<sup>18</sup> Posthörnchen, zit. in AVB, 18. Juni 1840. Karl Theodor, Reichsfreiherr von Dalberg war u. a. Erzbischof von Regensburg, + 1817, und dabei Vertreter der kath. Aufklärung und erstrebte die Unabhängigkeit der Bischöfe von Rom (Brockhaus, S. 493)

<sup>19</sup> Ignaz Heinrich von Wessenberg (1774–1860), kath. Theologe und Kirchenpolitiker. Generalvikar und Kapitularvikar des Bistums Konstanz. Erstrebte das Zusammenwirken von Staat und Kirche.

oder «Römliche» an.<sup>20</sup> In einem Gedicht «Lob des Priesters, Fluch dem Pfaffen» wird die Philosophie des Blattes ausgewiesen.<sup>21</sup> Die Abgrenzung gegenüber den volkstümelnden radikalen Blättern ist der Redaktion wichtiger als die Ultramontanen anzuprangern, deren staatskritische Haltung ja logisch und zwingend war. «Zehnder-Presse» und «Posthörnchen» schaden mit ihrer grobschlächtigen Kritik an allem, was differenzierter, rücksichtsvoller und gemässiger an der bestehenden Ordnung war, dem liberalen Staatsgedanken überhaupt. Daher kam auch ein Eingesandt aus Brugg in die Spalten des «Volksboten», das mit Schimpfwörtern wie «Zehnder'scher Schmierkübel» und «Zehnder'scher Pressebengel» nur so um sich warf. Und damit sollte Dr. Bruggisser, der immer wieder vermittelnde eidgen. Gesandte, verteidigt werden!<sup>22</sup> «Das Lügen und Aufschneiden» in den radikalen Blättern nähme so zu, dass der Pressefreiheit Schaden erwachse.<sup>23</sup>

Wenn Grossrat Ducloux aus Laufenburg als Schwänzer der Sitzungen in Aarau angeprangert wird, vermeint Bercher «das Subjekt – den Savoyarden» mit einem einzigen Hinweis erledigen zu können: Für «ehrbare Leute» ist genug charakterisiert, zu wissen, «dass er der Laufener Korrespondent des «Posthörnlis» ist und die Lügen- und Verläumderartikel über dortige Persönlichkeiten liefert» (Dr. Bruggisser).<sup>24</sup> Die Parität im Grossen Rat wird vom «Volksboten» mit allen nur denkbaren Mitteln verteidigt. Das Kopfszahlensystem sei ungerecht, weil es zum Beispiel den Boden nicht repräsentiere. Auch das Vermögen müsste berücksichtigt werden. Der «Neu-Aargau»<sup>25</sup> liefere mehr Soldaten und mehr Steuern an den Kanton, als dies durch die Kopfzahl festgehalten würde. Das «Posthörnchen» lüge, wenn es den Bezirk Zurzach zum paritätischen Bezirk erkläre. Die Protestanten bilden hier eine Minderheit. Trotz Warnungen des lokalen Blattes wurde aber die Verfassung gerade vom Kreis Zurzach angenommen.<sup>26</sup>

Der «Volksbote» hielt sich aber weiter streng im politischen Mittelfeld. Die «Siebenschwabenkommission der extremsten und hohlsten Parteimänner» verfolgt das Ziel, ihre Verfassung doch noch durchzubringen. Resultat: nun verlangen die Rechtsextremen auch noch die Parität bei der kantonalen Verwaltung. Der goldene Mittelweg wäre: «Parität im Grossen Rat, wie bis anhin. «Längst hat die brutal-radikale Partei das Vertrauen des Volkes und jetzt den Rest des Verstandes verloren.»<sup>27</sup> Kurz: «die heutigen Regierer ruinieren den Aargau!»<sup>28</sup>

<sup>20</sup> AVB, 9. Juli 1840

<sup>21</sup> AVB, Nr. 51, Sept. 1840

<sup>22</sup> AVB, 9. Juli u. 16. Juli 1840

<sup>23</sup> AVB, 16. Juli 1840

<sup>24</sup> AVB, 17. Sept. 1840

<sup>25</sup> gemeint: der Ostaargau u. das Fricktal

<sup>26</sup> zusammen mit Brugg; sonst von allen Kreisen verworfen.

<sup>27</sup> AVB, Nr. 60, 25. Okt. 1840

<sup>28</sup> AVB, Nr. 61, Okt. 1840

Der «Volksbote» hatte sich elegant zwischen die Stühle gesetzt; er wurde sowohl von der konservativen «Neuen Aargauer Zeitung» als auch vom radikalen «Posthörnchen» getadelt und als wetterwendisch angeprangert. Trennungsgelüste und damit hochverräterische Umtriebe wurden vor allem im Wunsche geortet, im Ostaaargau ein vollwertiges Gymnasium einzurichten. Das «Professorenblatt» vertrat alleweil die Ansicht, dass nur eine einzige Kantonsschule in Aarau den Kanton zusammenhalten könne, während das «Posthörnchen» – das Aarauer Institut zwar als elitär kritisierend – in einem zweiten Gymnasium die Pflanzstätte ultramontanen Geistes witterte.<sup>29</sup> Im Spätherbst 1840 artete schliesslich der Disput in ein kindisches Feilschen um beleidigende Artikel und ihre Autoren aus. Der «Volksbote» sei «auf falscher Spur», höhnte das «Posthörnchen», denn weder Neuenschwander, Nassauer noch Schimpf<sup>30</sup> «blasen auf dem Posthörnchen»; er müsse weiter nach den Urhebern forschen.<sup>31</sup> Doch der «Volksbote» hauchte sein Leben aus, bevor er Beleidigungen gerichtlich zu ahnden vermochte.

Offenbar hatte nicht das «revolutionäre» Gebaren in aargauischen Dingen dem «Volksboten» das Genick gebrochen, sondern der aussenpolitische Konflikt zwischen dem Grossherzogtum Baden und dem Aargau, respektive der Eidgenossenschaft wegen der Kaspar-Hauser-Geschichte. Das Gerücht, dass die regierende Familie einen illegitimen Spross über Jahre in einem Verliess wie ein Tier gehalten habe, um ihn 1833 – nach Bekanntwerden dieser Geschichte – noch ermorden zu lassen, konnte als republikanische Agitation gegenüber dem Monarchen gewertet werden. Bercher zündete diese Petarde, einerseits durch Druck und Verbreitung der Schrift, andererseits durch Teilabdruck im «Volksboten». Damit betrieb er Politik über die Rheingrenze hinweg.<sup>32</sup> Sebastian Seiler, Verfasser des Buches, war offenbar Mitarbeiter von Bercher.<sup>33</sup> Sein Werk war 1840 in Zurzach mit falschem Druckort «Paris» herausgekommen.<sup>34</sup> Am 11. Okt. 1840 erschien im «Volksboten» ein halbseitiges Inserat als Werbung für dieses Buch aus Paris. Im Gegenzug veröffentlichte ein Pfarrer Eschbar aus Hochsal (Schwarzwald) in der «Dorfzeitung» eine Anzeige des Inhalts, dass die neue Darstellung über Kaspar Hauser des «Aargauer Volksboten» aus Zurzach reine Dichtung sei und das Werk «eines Schmierers».<sup>35</sup> Am 15. Okt. warnte der Bezirksamtman von Zurzach

<sup>29</sup> Auseinandersetzung «Posthörnchen» – «Volksbote» in Nr. 17, 1840, April im «Posthörnchen»

<sup>30</sup> Namen von angeblichen Korrespondenten dieser Zeitung

<sup>31</sup> PH, 8. Dez. 1840

<sup>32</sup> «Hauser, Kaspar, Findelkind rätselhafter Herkunft, \*angeblich 30. 4. 1812, † zu Ansbach 17. 12. 1833, tauchte 1828 in Nürnberg auf. Seinen Angaben nach war er in aller Verborgenheit in einem dunklen Behältnis aufgewachsen. Des Findlings nahm sich bes. der Rechtsgelehrte Anselm v. Feuerbach an. Das Dunkel um seine Gestalt hat sich nur wenig aufhellen lassen. Die einen halten ihn für einen Betrüger, die andern glauben an seine vornehme Herkunft und seine Ermordung.» Brockhaus, S. 501 f.

<sup>33</sup> Vermutung von Blaser

<sup>34</sup> nach Blaser. Ministerpräsident v. Baden schreibt immer «angeblich» in Paris gedruckt.

<sup>35</sup> DZ, 11. Nov. 1840



die Aargauer Regierung, dass Reklamationen zu erwarten seien.<sup>36</sup> So erstaunt wenig, dass im November 1840 sowohl die Schrift «Kaspar Hauser, Thronerbe von Bayern» als auch der «Zurzacher Volksbote» im Grossherzogtum verboten wurden.<sup>37</sup>

Selbst der Kleine Rat und die Tagsatzung wurden nun mit dieser Affäre belastet. Die Sache wurde auf höchster Ebene behandelt, weil die «freund-nachbarlichen Verhältnisse» in Frage standen. Der Ministerpräsident des Grossherzogtums wandte sich brieflich an den Vorort der Tagsatzung, Zürich, und gleichzeitig an den Kleinen Rat in Aarau. Vor allem die Verteilung «der Schmähschrift» über die Grenze hinweg wurde zum Stein des Anstosses. Zwei Veranlasser «dieser Umtriebe», Sebastian Seiler und Friedrich Bumüller wurden «weggewiesen» (offenbar waren sie Badenser); ansonsten fand die aargauische Regierung, sollten die Beleidigten gegen «Verfasser, Verleger und Verteiler» vor Gericht Klage erheben. Im Staate Aargau herrsche Pressefreiheit und aus freien Stücken gäbe es in dieser Sache nichts mehr zu tun.<sup>38</sup> Obwohl sich der Aargau dem Druck nicht beugte, konnte die Zeitung ohne die Leserschaft ennet des Rheins nicht existieren. So liess Bercher das Blatt auf Ende des Jahres eingehen. «Grenzverhältnisse veranlassen uns, unser Blatt mit nächstem Jänner unter dem Titel: Die Post erscheinen zu lassen. Indem wir diese Veränderung unsern verehrlichen Lesern anzeigen, ersuchen wir sie auch um ihre fernere gütige Theilnahme, und bemerken noch, dass Format und Preis unverändert bleiben. Die Verleger.»<sup>39</sup> Damit hat der Gerichtsschreiber Bercher aus Zurzach den Gerichtsbehörden des badischen Nachbarlandes ein Schnippchen geschlagen.

In der letzten Nummer des «Aargauer Volks-Boten» finden wir keinen Hinweis auf Abschied und Neubeginn. Der Zeitungskopf verkündete das zweimalige Erscheinen am Sonntag und Donnerstag. Das Blatt präsentierte sich im Textteil zwei-, im Anzeigenteil dreispaltig. Eine halbe Seite nur war übertitelt mit «Inserate». Ein einziges echtes Inserat (Phönix Feuer-Versicherung) war dort zu finden; der übrige Raum wurde besetzt durch ein – wohl bezahltes – «Eingesandt», einen fiktiven Dialog über den Pfarrer von Würenlingen, der damals heftig kritisiert wurde. Ein Fortsetzungsroman «Der Zaubermüller» diente der Unterhaltung und erstreckte sich «unter dem Strich» über zwei Seiten. Neben den ordentlichen Meldungen in den Rubriken «Vaterländische Angelegenheiten» und «Auswärtige Nachrichten» wurde als Leitartikel die neue, überarbeitete kantonale Verfassung durch den Präsidenten des Grossen Rates vorgestellt. Über diese musste am 5. Januar 1841 abgestimmt werden. Er lobte das Kompromiss-Werk, vor allem bezüglich der

<sup>36</sup> RR-Protokoll v. 15. Okt. 1840

<sup>37</sup> Schweiz. Volkszeitung, Aarau, Nr. 86, 1840

<sup>38</sup> Protokolle KR v. 9. Nov., 14. Nov., 3. Dez., 14. Dez., 17. Dez., 21. Dez., 23. Dez. u. 31. Dez. 1840

<sup>39</sup> AVB, 17. Dez. 1840

Paritätsfrage. Die Reaktion der katholischen und reformierten Kirchen auf den damals neuentdeckten und vom Staate propagierten Pocken-Impfschutz für Kinder, veranlasste die fortschrittsfreundliche Redaktion einen bissigen – aus dem «Landboten» (Winterthur) übernommenen Artikel abzudrucken. Papst Leo XII. habe den Impfschutz abgelehnt, denn dieser greife «der göttlichen Vorsicht in die Hände». Ein reformierter Pfarrer in Zürich ginge aber noch einen Schritt weiter: Die Pocken seien für Mädchen gut, denn sie könnten dann nicht mehr verführen und das narbige Gesicht schütze davor, verführt zu werden. «Freilich hat das Jahr 1839<sup>40</sup> den Kanton Zürich weit hinter das Zeitalter Leo XII. zurückgebracht; deshalb darf hier auch ein sogenannter reformirter Pfarrer mehr sagen, als dort der Papst.» «Werden gegen die Wahrheit unserer Erzählung irgend welche Zweifel erhoben, so soll der Name des zürch. Kirchenlichtes öffentlich genannt werden.»

Unter «Zürich» wettete der «Volksbote» zusammen mit den Radikalen im dortigen Kanton gegen die reaktionäre Pressepolitik der Regierung: so «soll die freie Presse unterdrückt, das freie Wort erstickt werden!»<sup>41</sup>

Diese Nummer belegt eindrücklich, dass die erste Zeitung im mehrheitlich katholischen Bezirk Zurzach, trotz gewisser Rücksichtnahmen, eine deutlich freisinnige Politik betrieb. Die Nachfolgerin, «Die Post», dürfte sich in ihren ersten Nummern im Januar 1841, das heisst vor dem Klostersturm, noch gleicherweise präsentiert haben.

### **«Die Post» oder die Radikalisierung der Zurzacher Presse**

Die Unruhen und Ausfälle in den katholischen Landesteilen im Januar 1841 waren für Bercher in Zurzach wie für Zehnder in Birmenstorf ein Schlüsselerlebnis. Beide hatten als katholische Liberale Missdeutungen in ihren Blättern getadelt und die Warnungen der Aarauer Presse vor Aufständen im östlichen Kantonsteil als Hysterie bezeichnet. Gerade weil sie sich verschätzt hatten, war ihre Enttäuschung besonders gross, und beide Journalisten mit ihren Zeitungen stellten sich nach dieser Erfahrung hinter die Doktrin Augustin Kellers.

Das bedeutete für die «Post» eine Zäsur Ende Januar 1841, das heisst nach dem Beschluss der Klostersaufhebung. Damals driftete die Politik nördlich und südlich des Grenzflusses immer mehr auseinander. Die kleine Schar der Protestanten und radikalen Katholiken im Bezirk war als Basis für ein Abonnentenblatt zu schmal, die Leserschaft ennet des Rheins musste, sobald das Interesse an badischer Politik abnahm, absacken. Der Entscheid der Redak-

<sup>40</sup> konservative Regierung in Zürich

<sup>41</sup> Alles aus AVB, 31. Dezember 1840, Nro. 79

tion, entsprechend ihrer politischen Haltung Zeitung zu machen, bedeutete auch, dass die «Post» ihr Ende absehen musste. Die wenigen Nummern, die heute noch greifbar sind, erlauben nicht einmal das genaue Datieren des Schlusspunktes. Die letzte Kunde von der Existenz des Blattes stammt vom 22. August 1841.<sup>42</sup> Folgen wir also den Ereignissen und der Wandlung des Blattes der Reihe nach!

Am 3. Januar erschien «Die Post» noch frohgemut mit dem Bild einer Postkutsche über dem Titel. Sonst blieb das Erscheinungsbild dasjenige des verflorenen «Volksboten», zum selben Preis. Das Feuilleton nennt sich nun «Beiwagen», und das Format ist etwas gewachsen. In der ersten Nummer wird unter «Aargau» vermerkt: «Wir sind ersucht, zu erklären, dass Hr. Grossrichter Dokt. Bruggisser in keinerlei Verbindung mit unserem Blatte steht. Die Redaktion.» In einem längeren Artikel wird Klage geführt über die sonderbare Art, im Aargau mit der Opposition umzugehen. Die Regierungs-Monopol-Partei dulde in der Verwaltung niemanden, der den Staat kritisieren (Bercher selbst?). «Die Post» aber setze sich ein «für das Recht Aller». Noch hält das Zurzacher Blatt kritische Distanz zu «Aarau».

«Die Hofzeitung in Aarau berichtete kürzlich Folgendes, und andere Schweizerblätter schreiben es ihr gläubig nach»: Überall im Freiamt drohe der Aufstand und bereite man sich zum Zuge nach Aarau vor. «Die Post» erwarte nichts dergleichen. Die Verfassungsabstimmung vom 5. Januar werde ruhig vonstatten gehen. Der überarbeiteten Verfassungs-Vorlage stellte «Die Post» keine schlechten Noten aus; bezüglich der Repräsentation hätte zwar dem katholischen Landesteil «etwas mehr Billigkeit beobachtet werden sollen.»<sup>43</sup> Im Zusammenhang mit den Aufständen im Freiamt musste die Redaktion niedergeschlagen und enttäuscht von der «Putscharmee» des Herrn von Schmid aus dem untern Aaretal berichten.<sup>44</sup> Dies deutete die Wende an. Mit der Klostersaufhebung zeigte sich die «Post» einverstanden und missbilligte die «Nichtswürdigkeit» der Tagsatzung, die das Vorgehen der Aargauer Behörden kritisierte.<sup>45</sup>

In der stürmischen Zeit danach wurde vor allem die Einmischung des Auslandes in die eidgen. Angelegenheiten kritisiert. «Die Völker sind nicht mehr so dumm, als Metternich sagt und der Uristier glaubt, der Geist wird sich seiner letzten Fesseln entledigen, und dann ... gute Nacht, Pfaffen, Aristokraten, Verräther und Diplomaten!!!» Die Note des Fürsten von Metternich vom 27. Februar 1841 an den Grafen von Bombelles, den österreichischen Geschäftsträger in der Eidgenossenschaft, wurde gänzlich abgedruckt. Protokollauszüge der Tagsatzung füllten ganze Spalten. Da verschwand selbst

---

<sup>42</sup> nach Blaser

<sup>43</sup> «Post», 3. Jan. 1841

<sup>44</sup> PH, 16. Jan. 1841

<sup>45</sup> «Post», 14. April 1841

der «Beiwagen» unterhaltenden Inhalts. Die Bilder und Ausdrücke bei innenpolitischen Texten nahmen die üblichen radikalen Formen an: «Jetzt krächzte ein schwarzer Vogel», «es werde in den Schulen zu viel gelehrt, die Leute werden zu aufgeklärt»... «Hier liegt der Hase im Pfeffer!» «Hört es, ihr Bauern! ihr und euere Kinder werden den schwarzen Vögeln zu gescheidt!»<sup>46</sup>

Im Juli finden wir in einer Presseschau folgende Bemerkung über das Zurzacher Blatt: «Die Post, mit Sorgen umwölkt, hadert mit den Räder-schmierern und vergleicht die Vernunft derjenigen, welche die Klöster für ein Prinzip erklärten, mit dem Konzilium zu Macon, das darüber verhandelte, ob die Frauenzimmer auch wirklich eine Seele hätten.»<sup>47</sup> In einfacherer Sprache: Der Kreis um das Bünzer-Komitee, das sich mit blossen Korrekturen oder Kosmetik an den Klosterbeschlüssen nicht begnügen will, ist mit seiner Argumentation so schief und veraltet, dass vernünftige Menschen nur noch lachen oder heulen können. Diese Sprache wandte sich an die Zeitung der katholisch-konservativen Opposition, «Freiämter», die wegen der Unruhen am 11. Januar eingegangen, aber sofort als «Unerschrockener Freiämter» wiederauferstanden war. Bis 1842, dem Einstieg Schleunigers in die Politik und in den Journalismus, blieb diese Zeitung das einzige Sprachrohr der eingeschüchterten «Ultramontanen».

«Die Post» von Zurzach, im grossen Chor der radikalen Blätter von 1841, machte sich schon bald selber überflüssig. Was die Redaktion berichtete, war nicht mehr so exklusiv wie ein Jahr zuvor. Daher wird die «Post» von andern auch so wenig zitiert. Umgekehrt vermerkt die «Post» als Quellen der Nachrichten: «Dorfzeitung», NZZ, «Times», «Courier», «Humanität». Was die schwergewichtige Innenpolitik anging, benutzten regierungnahe Korrespondenten wie Oberrichter Dr. Karl Rudolf Tanner und Kantonsschulprofessor Hagnauer aus Aarau die «Post», um ihre radikalen Bekenntnisse unters Landvolk zu streuen.<sup>48</sup> Um Professor Hagnauer die journalistische Tätigkeit zu ermöglichen, musste seinerzeit sogar der Entscheid des Erziehungsrates gegen Professor Rauchensteins Arbeit an der «Neuen Aargauer Zeitung» 1835/36 – der praktisch einem Verbot gleichgekommen wäre – gemildert werden: «Sollte ein Lehrer wegen journalistischer Tätigkeit in seiner amtlichen Wirksamkeit erlahmen und die geforderte Pflichterfüllung fernerhin dadurch selbst unmöglich machen, so würden wir das als Verletzung seiner gesetzlichen Pflicht ansehen und dementsprechend handeln.»<sup>49</sup> So war den Staatsbediensteten journalistische Tätigkeit im Rahmen erlaubt. Die ordentliche Distanz von der Hauptstadt sicherte die Anonymität besser als das Auftreten in den «Staatszeitungen». Doch auch diese prominenten Mitarbeiter vermochten nicht, die «Post» als radikales Blatt im mehrheitlich katholischen

<sup>46</sup> «Post», 14. April 1841

<sup>47</sup> PH, Nr. 53, 1841

<sup>48</sup> nach Witz, Presse, sonst nirgendwo bezeugt

<sup>49</sup> Müller-Wolfer, S. 85

Bezirk Zurzach zu erhalten. Für Jahre blieb der Bezirk ohne eigene Zeitung, bis der Sonderbundskrieg denselben Aktivisten, nämlich Gerichtsschreiber Bercher, zu neuem Tun animierte.

Bircher (oder Birrcher) hatte seine Buchdruckerei nach dem Kaspar-Hauser-Fiasco an Schaufelbühl verkauft. Er wirkte dann bis 1860 bei Sauerländer in Aarau und war sodann 27 Jahre lang Maschinenmeister der Christen'schen Buchdruckerei. Er starb 1887 in Aarau.

Redaktor Zehnder meldete den Tod am 31. Mai im «Badener Tagblatt» und erinnerte die Leserschaft dabei an dessen bewegte Zurzacher Zeit und das Zusammenwirken von Bercher und Bircher.<sup>50</sup>

Die erste Renaissance des Zurzacher Organs, 1847–1850, liegt weitgehend im Dunkeln. Der Name «Zurzacher Wochenblatt» belegt bereits die Erscheinungsweise. Birrcher zeichnete sowohl für den Druck als auch die Redaktion. Sein Erscheinen vom Sonderbundskrieg bis zum Abschluss der Verfassungsreform lässt vermuten, dass der Feuerkopf durch die neuen Horizonte zum zweiten Zeitungsabenteurer beflügelt worden war. Im Gegensatz zur Notiz im «Badener Tagblatt» (Zehnder) wäre also der Verkauf der Druckerei an Schaufelbühl erst 1850 anzusetzen. Die politische Ausrichtung, «links-orientiert», würde noch einmal auf Birrcher hindeuten.<sup>51</sup>

Seltene Hinweise in der «Neuen Eidgenössischen Zeitung» (Baden) belegen, dass die Tendenz der neuradikalen Linie folgte. Jedenfalls wird das «Wochenblatt» mit wenig Wohlwollen bedacht. Meist empfing die Redaktion des kleinen Provinzblättchens nur onkelhafte Schelte, so bei angeblichen Verleumdungen von prominenten Personen oder nach der Veröffentlichung eines «pöbelhaften Artikels» des Gerichtsschreibers Reimann aus Laufenburg über den Keller-Billo-Handel.<sup>52</sup>

1850 wird das Wochenblatt mehrmals als «Aargauer Volksbote» bezeichnet. Damit ist so viel wie sicher, dass dieser altehrwürdige Zurzacher Zeitungsname auf der Titelseite stand. Ob dieser Name schon vorher in Gebrauch war, zum Beispiel als Untertitel, kann nicht belegt werden.<sup>53</sup>

### **Agitation über die Rheingrenze hinweg («Rhein-Bote»)**

Eine eigenartige Stellung im aargauischen Pressewesen nahm der «Rhein-Bote» ein. Die Zeitung war offenbar ganz auf Waldshut und das badische Hinterland ausgerichtet und wurde daher auch ab Post Waldshut expediert.

<sup>50</sup> BT, 31. Mai 1887

<sup>51</sup> Blaser, nach Brandstetter

<sup>52</sup> NEZ, 5. Febr. 1850. Beamtenstreit zwischen Finanzsekretär Keller und Grossrat, Amtsstatthalter und Oberstleutnant Billo, der als Regierungsrat kandidieren wollte: Massstab für die Spannungen zwischen liberaler und neuradikaler Richtung in der Aargauer Politik.

<sup>53</sup> NEZ, 5. Febr. 1850, 22. März 1850

Verlag und Druckerei befanden sich in den Jüppen in Full, das heisst am andern Ende der Waldshuter Rheinfähre, am aargauischen Ufer. Das Unternehmen wurde von den Gebrüdern Fidel und Konrad Hollinger geführt. Einer der beiden, Fidel Hollinger, zeichnete als verantwortlicher Redaktor. So jedenfalls präsentierte sich der Sachverhalt im Jahre 1841.

Das kleine Quartblättchen wollte «dem Bürger- und Gewerbestand angehörenden Lesern» nicht nur die Weltereignisse vermitteln, sondern auch mit «Patriotischen und unterhaltenden Aufsätzen eine angenehme Erholungsstunde bereiten.»<sup>54</sup> Spätestens ab 1842 muss dieselbe Zeitung aber in Gross-Laufenburg unter der Redaktion von Tierarzt Carl Moritz Dietschi,

Hr. Dr. Staub-Müegg, Gluntern, Zürich.		<b>Nro. 38.</b>		Samstag 23. September 1893.	
17. Jahrgang.		<b>Der Rheinbote.</b>		Einrückungsgebühr.	
Abonnementspreis.		<b>Republikanisches Volksblatt.</b>		Die einseitige Zeile oben oben Raum 10 Rb.	
Für 1 Jahr . . Fr. 3. 50					
, 6 Monate . . 2. —		Erscheint in Zurzach jeden Samstag.		Größere oder periodische Anzeigen mit entsprechendem Rabatt.	
, 3 Monate . . 1. —					
franko in's Haus.		Erscheint in Zurzach jeden Samstag.		Einzeln No. 20 Rb.	
Für das Ausland mit Postzuschlag.					
Alle 14 Tage mit der historischen Beigabe: „Zi-Zach“.		Redaktion, Druck und Verlag von Ed. Schaufelbühl.		Briefe u. Gelder franco.	

*Titel des Rheinboten vom 23. September 1893.*

Bürger von Muri, erschienen sein, obgleich die Druckerei vielleicht noch in Full domiziliert war. Lupenrein war die Sache mit den Verantwortlichen des Unternehmens jedenfalls nicht, denn noch am 2. April 1842 meldeten andere Blätter, dass der Redaktor auch Eigentümer des «Rheinboten» und «Badischer Unterthan» sei.<sup>55</sup> Genau diese Tatsache musste aber vertuscht werden. Denn diese Zeitung, «ein in Laufenburg erscheinendes und bisher wenig beachtetes Lokalblatt», beschäftigte sich mit Politikern der badischen Nachbarschaft in «verletzender Weise». Altbezirksamtman Brentano habe den Angehörigen des Grossherzogtums Baden daher den Aufenthalt verweigert.<sup>56</sup>

Während sich die «Dorfzeitung» in Baden schelmisch über den Kumpanten am Rheine freute und regelrecht Verbrüderung feierte, liess die konservative «Limmatstimme» ihrem Unwillen freien Lauf: Dieser Bote sei ohne innere oder äussere Selbständigkeit, «ohne die geringste Fähigkeit, erzieherisch und veredelnd auf seine Leute einzuwirken – treibt er es wie böswillige, zänkische Leute». Der Inhalt strotze von «persönlichen Aufreizungen, Ver-

<sup>54</sup> Rheinbote, Probenummer, «Ankündigung», 13. Juni 1841

<sup>55</sup> SvL, 2. April 1842 und 20. April 1842, NAZ, 26. März 1842

<sup>56</sup> NAZ, 26. März 1842. Aber: Brentano war weder in Laufenburg noch Zurzach vor 1842 Bezirksamtman.

dächtigungen» usw. «So viel den Frickthalern zu Lieb, aber nicht dem Rheinboten zu Leid». <sup>57</sup> Da Bezirkslehrer Brosi von Laufenburg vorher in Baden gewirkt hatte, wo er Promotor der katholischen Kantonsschule im Ostaargau war, bezog die «Limmatstimme» ihre Nachrichten aus dem Fricktal offenbar aus seiner Korrespondenz. Umgekehrt war für die «Dorfzeitung» dessen Wirksamkeit am neuen Orte der Stein des Anstosses. «Der «Stimme von der Limmat» seien 75 Aktionäre und Abonnenten zusammengeweibelt worden; was den Beweis liefern soll, «welch ungetheilten» Beifall dieser Pfaffenwisch gegenüber dem «ruhestörerischen» (O je Meister Brosi, meinte Er das subjectiv oder objectiv. Anmerkung des Setzers) radikalen Rheinboten finden werde.» <sup>58</sup> Und das «Echo vom Jura», konservativ wie die «Limmatstimme», «höre über dem Rheinboten schon das Armesünderglöcklein» läuten. <sup>59</sup> Mit hämischer Freude meldete die Zehnder-Presse: «Nach Anzeige des «Rheinboten» wird der durch seine Chronique scandaleuse landberüchtigte Exprofessor aus Baden und Laufenburg, wie er leibt und lebt, dargestellt werden. Sobald diese sprachliche Zeitung erscheint, wollen auch wir dieselbe unserm Publikum zur Schau und Lehre ganz getreu hingeben. Solche Subjekte müssen vor aller Welt gebrandmarkt werden.» <sup>60</sup> Redaktor Zehnders Rezepte in solchen Fällen erweisen sich als wenig differenziert. Was soll mit dem «Prasser», «Betrüger», «Verräter» Brosi geschehen? «Ein A auf das linke Schulterblatt und eine Staatsversorgung für Lebenslang.» <sup>61</sup>

Verschiedenen Angaben zufolge <sup>62</sup> wechselte die Zeitung auf den 1. Juni den Namen und nannte sich «Der Wächter am Rhein». In Tat und Wahrheit lief ein Blatt dieses Namens neben dem Rheinboten einher und richtete sein Augenmerk vor allem auf aargauische und eidgenössische Ereignisse. Ein Exemplar vom 14. Januar 1842 ist gar das einzige Blatt, das uns noch zur Verfügung steht. <sup>63</sup> Die Meldung im «Schweizerboten» vom 25. Juni 1842, dass statt des «Rheinboten» vom 1. Juli an «Der Wächter am Rhein» gegen den Ultramontanismus erscheine, muss wohl so verstanden werden, dass der «Rheinbote» sein Erscheinen einstellte und die Abonnenten an seiner Stelle den «Wächter» zugeschickt erhalten. Die Vermutung drängt sich auf, dass sich der angefeindete Verlag mit einer radikalen Inland-Zeitung beizeiten die Sympathie von Regierung und Verwaltung in Aarau einhandeln wollte. Dies dürfte schon im Laufe des Jahres 1841 geschehen sein (zum Beispiel mit dem Umzug von Full nach Laufenburg), wird doch in einer Verlags-Notiz am

<sup>57</sup> SvL, 20. April 1842

<sup>58</sup> DZ, 26. März 1842

<sup>59</sup> DZ, 26. März 1842

<sup>60</sup> DZ, 10. April 1842

<sup>61</sup> DZ, 23. April 1842

<sup>62</sup> Blaser; SB, 25. Juni 1842

<sup>63</sup> SLB

14. Januar 1842, noch unter dem Verleger Hollinger, gemeldet: «Wer diese Nummer nicht zurücksendet, erneuert dadurch das Abonnement».

Alles, was das zweispaltige Blatt übermittelte, war reinste radikale Post: Mit Luzern als Vorort der Eidgenossenschaft wird abgerechnet. Soviel Unterwürfigkeit unter den Papst sei schändlich für die Eidgenossenschaft. «Die Schweiz ist nicht frei, aber gottlob die Schweizer sind frei!» Alt-Landammann Baumgartner von St. Gallen, der beliebteste Buhmann der radikalen Presse 1842, weil er als ehemaliger Liberaler eine konservative Zeitung herausgab, wird an mehreren Stellen desselben Blattes in bekannter Manier angeprangert. Der Baumgartner «ist ein Römling geworden!» Die freisinnige Zeitung «Der Erzähler» hat sich von ihm «emanzipiert». Die «Judaszeitung des Renegaten» wird keinen Erfolg haben. Das ist die Terminologie, die in «Aarau» Fürsprache erzeugt. «Wir bemerken hiemit jenem politischen Überläufer, dass er nicht zu laut in die Posaune blase, sonst könnte sie leicht zur Posaune des jüngsten Gerichts über ihn werden. Lerne er einsehen, dass seine frühere Ruhmesfahne durch ihn zur Fahne der Schande und Schmach geworden...» «Mag er hundert Zeitungen täglich durch seine Presse um die Welt gehen lassen...», «absurde Ideen» werden sich nicht verbreiten. Die Polemik gegen die Jesuiten und Kritik an der «Heimsuchung der kleinen Schweiz» durch die «vertilgende Artillerie der Ideen» runden das Bild ab und lassen uns den Inhalt vieler Nummern erahnen. Auffällig ist zudem die vereinfachte Rechtschreibung: ck und tz werden konsequent durch blossen k oder z ersetzt.<sup>64</sup> Als Laufenburger Presseorgan dürfte es bis zum 30. April 1843 gedruckt worden sein.<sup>65</sup> Dass die Zeitungen «Rheinbote» und «Wächter am Rhein» in Wirklichkeit immer das Werk Hollingers geblieben sind, belegt der Umstand, dass 1844 erneut der Standort gewechselt wird: Rheinfelden. Unter der Ägide von Fidel Hollinger und weiteren Teilhabern erlebt das Agitationsblatt eine Renaissance.<sup>66</sup>

Was treibt Journalisten dazu, ihr Werk an den aargauischen Gestaden des Rheins zu fertigen, während der Absatz des Produktes weitgehend jenseits des Flusses erfolgen soll? Die zeitliche Korrespondenz mit den Ereignissen um Berchers «Volksboten» von Zurzach, das Verbot des Blattes im Badischen und der neue Titel «Die Post» ab 1841 kann uns zum Verständnis den Schlüssel liefern.

Die Zensurbestimmungen im Grossherzogtum wurden sehr eng ausgelegt, und jede republikanische Regung galt als Hochverrat. Da mochte die Probenummer des «Rheinboten» sich noch so würdig vorstellen und einführen. Die Flucht unter das Presserecht des Aargaus forderte das Misstrauen

<sup>64</sup> Wächter am Rhein, 14. Januar 1842

<sup>65</sup> Blaser

<sup>66</sup> Fidel Hollinger wurde am 30. 4. 1843 auf der Rheinbrücke von Laufenburg verhaftet und in die Strafanstalt Bruchsal abgeführt. Nach Blaser.



der Monarchie erst recht heraus. «Der Rheinbote» hat – um aus freier Presse hervorzugehen – den Ort seines Erscheinens auf der schweizerischen Rheingrenze gewählt.» In der weitem «Ankündigung» wird zwar versichert: Ferne liege «seinem Blatte eine dem Bande der Eintracht zwischen Regierung und Volk feindselige Richtung zu geben, in welcher Hinsicht die französische und schweizerische Zeitungspressen der deutschen ohnehin keine Lücke auszufüllen übrig lässt.»<sup>67</sup> Deutschnationales Bekenntnis verband sich allzu oft mit republikanischem Gedankengut; der Kämpfer für ein «deutsches Vaterland»<sup>68</sup> war nicht automatisch ein treuer Untertane der grossherzoglichen Monarchie.

So war vorauszusehen, dass das «Jüppenblättli»<sup>69</sup> sehr bald zu diplomatischen Konflikten zwischen dem Lande Baden und dem Aargau führen musste. Die Schläulinge an der Rheinfähre belasteten das politische Klima zwischen den Nachbarstaaten.

Am 31. März 1842 liess der grossherzoglich badische Ministerpräsident bei Landammann und Kleinem Rat des Kantons Aargau eine Note überreichen, worin ausgeführt wurde, dass der «Rheinbote» in «strafwürdiger Weise Hass gegen die benachbarte Grossherzogliche Regierung zu predigen, die Grossherzoglichen Unterthanen zum Widerstand aufzureitzen, ja selbst die höchste Person des Regenten zu verunglimpfen sich ansteht.» Daher sei die Zulassung des Blattes im Lande Baden verboten worden. Stein des Anstosses waren vor allem die «Deutschen Briefe eines Unstudirten» (Verfasser: F. Hollinger). Die Regierung von Baden erwarte nun vom Kleinen Rat des Kantons Aargau im Dienste der nachbarlichen Beziehungen, dass er «von *Amtswegen* jener schamlosen Insultirung des Souverains eines Nachbarstaates und höchst dessen Regierung entgegen treten, jede in ihrer Macht stehende Genugthuung gewähren, und dadurch dem Wiedererscheinen solcher beklagenswerthen, auf die freundschaftlichen Beziehungen nur störend einwirkenden Vorgänge für die Zukunft vorbeugen werde.»<sup>70</sup>

Der diplomatische, aussenpolitische Konflikt konnte unmöglich im Stillen ausgetragen werden und wuchs sich rasch zu einer Kontroverse zwischen den verfeindeten Residenzblättern «Schweizerbote» und «Neue Aargauer Zeitung» aus. Der erstere reagierte geharnischt, als am Tage nach der Überreichung der Protestnote durch den Gesandten Freiherr von Rüdts (d. d. Stuttgart, 25. März) die NAZ am 26. März darauf hinwies, dass die Auswirkungen des «Rheinboten» dem Kanton eine momentane Verwicklung mit dem Auslande zuziehe, wie schon in früheren Nummern vorausgeahnt worden sei. Der «Schweizerbote» stellte die Behauptung auf, dass solche Äusse-

<sup>67</sup> Probenummer, 13. Juni 1841. StAAG P. No. 2142, Fasz. 99

<sup>68</sup> Patriotisches Gedicht in der Probenummer

<sup>69</sup> Blaser

<sup>70</sup> Aus der Note vom 31. März 1842

rungen das diplomatische Verfahren geradezu ausgelöst hätten.<sup>71</sup> Am 6. April meldete die NAZ, dass der Kleine Rat entsprechend der «bestehenden Verfassungsbestimmungen und dem Grundsatz über die Trennung der Gewalten von sich aus nichts thun könne», dass es daher der badischen Regierung überlassen sei, «vor den Aargauischen Gerichten Recht zu suchen.» Gleichzeitig wischte er seinem Konkurrenten in Aarau eins aus: Es sei lächerlich, der NAZ auslösende Wirkung zuzuschreiben, umsomehr, als die Meldung wie überall nach der erfolgten Eingabe gemacht worden sei. Zudem sei nach «Schweizerbote» die Antwort der aargauischen Regierung «mit einer ganzen Tracht von hochtönenden Redensarten abgespiesen worden.» «Da liest man von «unbeschränkter Pressefreiheit», «Trennung der Gewalten», «Gleichheit Aller vor dem Gesetze». Wie aber soll diese Argumentation mit dem Einschreiten der Regierung gegen den «Freiämter» in Einklang gebracht werden?<sup>72</sup>

Der «Rheinbote» aber findet in der Folge keine Ruhe. Das Bezirksamt Säkingen verlangte schriftlich vom Bezirksamt Laufenburg, dass dem «Redakteur des «Rheinboten», C. M. Dietschi von Grosslaufenburg, rechtlich angesagt werde, dass er sich am «28ten dies in Säkingen zur Kriminaluntersuchung» zu stellen habe. Amtstatthalter Ducloux fragte in Aarau an, wie er ein solches Ansinnen zu behandeln habe. In aller Eile wurde am 18. Juli 1842 die heikle Sache vom Kleinen Rat an die Justizkommission überwiesen. Nach Bericht und Antrag erteilte der Kleine Rat am 25. Juli dem Bezirksamt Laufenburg folgende Weisung: es sei dem Adressaten C.M. Dietschi das Schreiben des Amtes Säkingen sofort «zu dessen gutfindendem Verhalt» zu überbringen, «in dem Verständnisse und mit dem Bedenken jedoch, dass hierorts keine Zwangspflicht erkennbar sey, der befremdenden Ladung der badischen Behörde irgend einen Vorschub zu leisten, vielmehr walte die Ansicht vor, dass es lediglich dem Ermessen des Betreffenden anheimgestellt bleiben müsse, gegen erfolgende Beeinträchtigungen seiner Rechte den Schutz des Staates anzurufen.»<sup>73</sup> Zwei weitere Laufener Radikale werden als redaktionelle Mitarbeiter des «Rhein-Boten» bezeichnet, «Ferdinand Schimpf und Apotheker Beckert aus dem Nassauischen»<sup>74</sup>, offenbar handelte es sich bei ersterem auch nicht um einen Badenser, denn von einem Auslieferungsbegehren war nie die Rede.

Damit hatte der Kanton Aargau klar Position gegen pressepolizeiliche Zusammenarbeit mit dem repressiven Nachbarlande bezogen. Ähnliche Experimente mit entsprechenden Auseinandersetzungen sind daher vorprogrammiert.

<sup>71</sup> SB, Nr. 40, 2. April 1842

<sup>72</sup> NAZ, 6., 9., 13. April 1842

<sup>73</sup> Alle Akten StAAG P. No 2, 1842, Fasz. 99

<sup>74</sup> Blaser

Der «Rheinbote» hätte somit weiter agitieren können, wenn das strikte Verbot ennet des Rheins ihm nicht die Existenzgrundlage entzogen hätte. Das Vorbild des «Volksboten» in Zurzach machte Schule. Auf das neue Halbjahr verschwindet die ausgesperrte Zeitung und kehrt flugs wieder, einfach mit neuem Titel: Statt des «Rheinboten» erscheint vom 1. Juli an im gleichen Verlage «Der Wächter am Rhein». Er kündigte sich in Hinblick auf eine zusätzliche Leserschaft im Aargau und als Verbündeter der regierungsfreundlichen Presse als Organ gegen den Ultramontanismus an. So lautete mindestens die Ansage im «Schweizerboten» vom 25. Juni 1842. «Nur gute Wache gehalten!» ist sein schulterklopfender Kommentar.<sup>75</sup>

Angesichts der Tatsache, dass von diesem Agitationsblatt nur eine einzige Nummer des «Rheinboten» – nämlich das corpus delicti im aargauischen Staatsarchiv – und ein Belegexemplar des «Wächters am Rhein» in der Landesbibliothek konsultiert werden kann, wirkt eine zeitgenössische Beschreibung des ganzen Unternehmens recht aufschlussreich. Die «Stimme von der Limmat» ist zwar dem «Rheinboten» spinnefeind und findet kaum noch Worte, Ekel und Verachtung plastisch genug auszudrücken. Dennoch sei – als Reminiszenz wie als Spiegel der ideellen Spannungen – der ganze Text hier aufgeführt:

Vom Rhein. Der Rheinbotenhandel, den der Kleine Rath von Aargau mit der badischen Regierung hat, ist zwar an sich von keiner besonders höhern Bedeutung, aber er kann von Wichtigkeit werden für die Zukunft, und durch die Grundsätze, die dabei von der einen und andern Seite in Anwendung gebracht werden. Es ist daher Zeit, dass darüber, bevor das einfache Bild der Sache durch die Leidenschaft getrübt ist, ein kurzes und klares Wort gesprochen werde. –

Das Blättchen, «Rheinbote» zubenannt, ist badischen Ursprunges, und von einem missvergnügten und ehrgeizigen Waldshuter, in Verbindung mit einem dortigen wohlfeilen Drucker, als Oppositionsblatt zunächst gegen badische Beamte, Behörden und Zustände, nach dem Vorgang des «Schwarzwälders» gegründet worden.

Die starke Waldluft schien dem jungen und dürftig genährten Boten nicht zusagen zu wollen; er wurde von Waldshut auf das andere Rheinufer nach «Jüppen» gebracht. Allein auch in dem wärmern Klima wollte der Kleine nicht gedeihen, und überdiess zogen ihm seine Unarten gegen sein Stammland auf erhobene Beschwerde seine Ausweisung von aargauischem Gebiete zu. Nun richtete man den Blick auf Laufenburg, wo zur Zeit eine Partei ungezosse-

---

<sup>75</sup> SB, Nr. 75, 25. Juni 1842

ner Jungen und herzugelaufener Ausländer Unfug mit öffentlichen und Privat-Verhältnissen trieben, und die Dinge nach Oben als radikale Politik lobten, um beim ganzen Geschäft ein «Staatsbrod» oder andern Vortheil zu bekommen.

Da war also bessere Hoffnung sich durchzubringen, und dahin ward also ab- und ausgewandert, da die Werkstätte aufgerichtet und gedruckt. Scheinverträge mussten gegen neuerliche Ausweisung sichern. Der Drucker Hollinger von Waldshut wurde «Druckergeselle» bei dem Rindvieh- und Pferdearzt Dietschi, \*) und dieser wurde der «Verantwortliche»; die Redaktion übernahm der bekannte Herr Ferdinand Schimpf unter Mithülfe des Nassauer Apothekers Beckert. So wird das litterarische Unternehmen in Gang gebracht.

\*) Ein Abentheurer aus dem Kanton Luzern, welcher jüngst sein Bett den Schulden überlassen musste, was eben so leicht an ein unordentliches Leben als an verschuldete Armuth erinnern kann.

Seine Leistung besteht in der wöchentlich zweimaligen Sammlung des Gassenkehrichts – um Menschen und Sachen damit nach allen Richtungen zu besudeln.

Die Regierung, obgleich auf die Fortdauer der frühner Gründe gegen eine Aufenthalts-Bewilligung des Druckers Hollinger aufmerksam gemacht, glaubte in der Sache nichts thun zu können, da Dietschi zugleich auch ein Bürgerrecht in Muri besitze. Von diesem formellen Standpunkte aus konnte die Regierung auch nicht wohl einschreiten, obgleich sie durch eine materielle Untersuchung, die sie bei andern Anlässen am Orte fand, den wahren Sachverhalt leicht hätte ermitteln können.

So blieb die Sache; der Bote trieb sein trauriges Handwerk nach Innen und Aussen fort – ohne weiter von Jemanden, der die Leute und die Sachen kennt – beachtet zu werden. Selbst in der nächsten Umgebung wusste und hörte man kaum etwas von ihm, und er würde den sichern Tod der Verachtung in unerwähnter Dunkelheit gestorben sein, wenn nicht eine auswärtige Reklamation Licht auf diese schmutzige Partie des Aargauer Druckwesens geworfen hätte.

Der Bote begnügte sich nicht, von Zeit zu Zeit mindestens höchst unschickliche und persönlich kränkende Artikel gegen badische Nachbarbeamtete erscheinen zu lassen, was freilich nur Privatsache blieb – sondern er ergriff die Auflösung der badischen Ständekammer – um noch stärker aufzutreten. Wir fällen kein Urtheil über diese Artikel, die aus badischen Federn flossen, sondern überlassen das den verantwortlichen Entscheidern. Wir gehen hierbei von dem Grundsatz aus – dass der freien Presse in jedem Staate das Recht zustehe, die öffentlichen Zustände eines andern

Landes zu prüfen und zu beurtheilen, und dass diese Kritik, selbst wenn sie tiefen Eindruck macht – nicht als ein Beschwerdegrund angesehen werden kann. Wenn aber, statt einer um die Wahrheit ehrlich bemühten, loyalen und anständigen Besprechung, die Kritik in eine lichtscheue Polemik ausartet, welche über die Grenze flieht, und die Anfeindung des Nachbarlandes zu ihrem Systeme erhebt, dann sind wir es wenigstens der guten Nachbarschaft, und allen dadurch bedingten Interessen schuldig, dem Unfuge nach Kräften zu steuern, und jede Privatrücksicht der politischen Ab- oder Zuneigung ausser Betracht zu setzen.<sup>76</sup>

Im Jahre 1843 muss die Zeitung noch in Laufenburg herausgekommen sein, dann wechselte sie den Standort nach Rheinfelden.<sup>77</sup> Den Problemen konnte die Agitationspresse aber auch so nicht ausweichen. Sie war und blieb «ein Fall» aargauischer und schweizerischer Aussenpolitik.

### **Die apostolische «Botschaft»**

Johann Nepomuk Schleuniger kehrte 1853 in den Aargau zurück, stellte sich den Behörden und war bereit, seine einjährige Gefängnisstrafe auf der Festung Aarburg abzusitzen. Das ehrt ihn und relativiert auch den Schuldspruch von 1845: er war wegen Meineids verurteilt worden, im Nachgang zu einem Bestechungsskandal. Ob die Urteile der Bezirksgerichte oder aber diejenigen des Obergerichtes «reine Parteijustiz» waren,<sup>78</sup> müssen wir offenlassen. Seine Rückkehr in den Aargau, seine Hoffnung auf Rehabilitation in weniger aufgeladenem Klima, stärkt die Vermutung, dass er unschuldig war. Schleuniger wurde bereits nach zwei Monaten vom Grossen Rat begnadigt, doch wegen «Starrköpfigkeit» nicht rehabilitiert: das hiess zeitlebens Ausschluss von öffentlichen Ämtern. So wurde er nolens volens wieder in den Journalismus getrieben, sollte oder wollte er die damals eingeschüchterten Konservativen sammeln und zum Erfolg führen.

Dass der bundesstaatstreue offizielle Aargau seinen Widersacher nicht gerade willkommen hiess, lässt sich mühelos verstehen. In der Phase des Sonderbundes weilte Schleuniger im Exil in Luzern, zur Zeit der Begründung des Bundesstaates im Ausland. Niemand kann heute sagen, wie er sich 1847 verhalten hätte, als seine Mitstreiter zum Teil Verrat am Aargau begingen und anschliessend zu langen Kerkerstrafen, ja sogar zum Tode verurteilt wurden.

---

<sup>76</sup> Stimme von der Limmat, 23. April 1842

<sup>77</sup> Der Aargau in Zahlen, S. 365

<sup>78</sup> Pirmin Meier: J. N. Schleuniger in «Botschaft» Jubiläumsnummer, 1981

Vielleicht hätte Schleuniger tatsächlich das geistige Format gehabt, gleichwertiger «eigentlicher Gegenspieler» zu Augustin Keller zu werden, wie ein Biograph zu behaupten wagt.<sup>79</sup> Das ändert nichts an der Tatsache, dass Schleuniger in den wichtigsten Etappen, nämlich vor 1841 und um 1848, keine aargauische Politik getrieben hat und damit als geschichtsformende Kraft ausfällt. Auch sein politisches Mandat hat er nur zeitweise ausgeübt. Während längerer Phasen ist er den Sitzungen des Grossen Rates – teils freiwillig, teils wegen Einschüchterung – ferngeblieben. Dass seine Rede und Schreibe in würdigerem Stile daherkommt, als die seiner Gegner, ist nicht nur seinem edlen Charakter zuzuschreiben. Alte Werte zu verteidigen und traditionelle Volksrechte oder Institutionen aus den damals nur den Radikalen suspekten Landsgemeindekantonen beliebt zu machen, das kann in gemesseneren Worten geschehen, als das Neue, noch Fremde, in die Köpfe zu hämmern. Die Geschichte hat den Einpaukern rechtgegeben. Es muss unterschieden werden zwischen der Persönlichkeit Schleunigers und dem tatsächlichen politischen Wirken. Staatsmännisches Denken und staatsmännisches Gehabe bietet keine Gewähr dafür, dass daraus ein Staatsmann wird.<sup>80</sup> Ob er als Journalist nicht breiter und nachhaltiger wirken konnte, denn als satter Regierungsrat, kann zwar nicht bewiesen werden, hat aber einiges für sich.

1856 gründete Schleuniger von Klingnau aus die «Botschaft». Die ersten zwanzig Nummern des Wochenblattes erschienen noch in Baden bei Huwiler; aber schon vom August des Gründungsjahres an wurde die Zeitung in Klingnau gedruckt. Im alten Propsteigebäude, in dem Schleuniger auch wohnte, war inzwischen eine neue Druckerei eingerichtet worden. Ohne dass die Zeitung Gewinn einbrachte – und zwar für Jahre – führte nun Schleuniger den politischen Kampf mit der Feder. «Die Gegner, welche den gefürchteten Agitator für immer politisch tot glaubten,» pflegten den alten Hass. «Sein moralisches Ansehen sollte vernichtet werden, mit Presseprozessen ohne Ende sollte seine Thatkraft gelähmt und sein ökonomischer Ruin herbeigeführt werden.»<sup>81</sup> Seine Beharrlichkeit und das ansehnliche Vermögen, das er durch Heirat erworben hatte, sicherten ihm das politische und physische Überleben. «Mit der neuen Schweiz hatte er sich indessen abgefunden.» «Freier Protestant, freier Katholik, freier Bürger!» lautete jetzt sein Wahlspruch.<sup>82</sup> Es galt nun, durch publizistische Arbeit das neue Haus so zu gestalten, dass auch den unterlegenen Bewohnern das Eigenleben garantiert würde.

---

<sup>79</sup> Pirmin Meier

<sup>80</sup> Zu Pirmin Meiers Kritik an Geschichtsschreibung, «Botschaft», Jubiläumsnummer, 1981

<sup>81</sup> Pfr. Heer: J. H. Schleuniger, 1899, S. 39

<sup>82</sup> H. J. Welti: Lebensbilder aus dem Aargau, S. 217

«Die Wahrheit steht über den Parteien; die Wahrheit allein macht frei. Der Parteigeist ist beschränkt und ungrossmütig; er verwirrt die Fragen, er spielt mit dem Recht, er höhnt die Gesittung oder heuchelt sie bloss; er sucht nur *seinen* Namen und nur *seinen* Nutzen, mag er gottlos oder fromm, zügellos oder anständig einhergehen.»<sup>83</sup> Wer so spricht, nimmt Partei, klagt an und diffamiert die andern als eigennützig und amoralisch. Die noblen Worte dessen, der die Wahrheit zu kennen vorgibt, provozieren jene, die die Wahrheit suchen und einzig zu wissen glauben, dass sie dort, wo Schleuniger sie ortet, nicht zu finden ist. Gemeinschaft der Gläubigen steht unveröhnlich der Politik – als Wille zur Gemeinschaftsgestaltung – gegenüber.

Und das eben auch will die «Botschaft» mit ihrem Namen sagen: «Wer zum Volke reden will, darf nicht in seinem eigenen Namen auftreten; nicht Sonder-Nutzen und Sonder-Ehre suchen, ... er soll, wenn wir das herrliche Wort gebrauchen dürfen, mit apostolischem Geiste, mit priesterlicher Hingebung für die Wahrheit als Wahrheit, für den Mitbürger als Mitbürger, für den Menschen als Menschen eintreten.»<sup>84</sup>

So wurde der «Kampf gegen Einmischung der Staatsbehörde in das kirchliche Gebiet» sein Hauptanliegen.<sup>85</sup> Die Versöhnung von Staat und Kirche im Wessenbergschen Geiste, noch ein Anliegen des wortgewaltigen katholischen Stadtpfarrers von Aarau, Alois Vock, war nach den Ereignissen der 40er-Jahre bei gläubigen Katholiken kein Thema mehr. Schleuniger verband in seiner Politik, die er über die «Botschaft» verbreitete, die im schweizerischen Trend liegenden demokratischen Forderungen mit dem Postulat der Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, ja dem Ansinnen, dem Staate dort die Tätigkeit zu verwehren, wo die Kirche dem Menschen besser das innere Glück sichert, als dies die weltliche Macht zu vermitteln vermag. Damit wird die «Botschaft» zum Wegbereiter der schweizerischen Form des Kulturkampfes.

«Die Botschaft», mit dem Untertitel «Aargauische Wochenzeitung», ist das Nachfolgeorgan der «Badener Zeitung». Das dreispaltige Blatt vermittelte Inländisches aus verwandten Zeitungen wie «Oberländer Anzeiger» für Bern, «Eidgenosse» für Luzern, «Der Stauffacher» für die Innerschweiz, «Echo vom Jura» für Solothurn usw. Die Auswahl und Kommentierung der ausländischen Nachrichten verleugnete niemals den katholischen Standpunkt, betraf dies nun den Konflikt Staat-Kirche in Preussen oder die Einigung Italiens durch Mazzini. Was in Italien Gutes geschah und geschieht, erfolgte durch den Papst. Wer daher den Kirchenstaat nicht respektiert, verdient nur Kritik. Im Aargau war 1856 die Kantonsschule wichtigstes Thema. Schleuniger kritisierte den Materialismus gewisser Professoren. Wären alle

<sup>83</sup> «Botschaft», Nr. 1, 5. April 1856, Leitartikel

<sup>84</sup> «Botschaft», Nr. 1, 5. April 1856, Leitartikel

<sup>85</sup> H. J. Welti, S. 218



*Probenummer der Botschaft vom 5. April 1856: Schleunigers neues Kampfblatt  
(Druckerei Bürl, Döttingen).*

wie Rauchenstein, dann könnte man über eine paritätische Schule reden.<sup>86</sup> Leider müssen wir unsern Söhnen «missrathen». Sollte eine Kantonsschule in Baden entstehen, dann nur als katholische Schule.<sup>87</sup> In der Nummer vom 16. August 1856 erschien dann ein grosses Inserat der Klosterschule Mehrerau bei Bregenz.

Die Reaktionen auf die «Botschaft» waren entsprechend kantonsweit, die Schwerpunkte der Polemik bildeten die Zehnder-Presse in Baden und der «Schweizerbote» in Aarau. Das «Tagblatt der Stadt Baden» und die «Volkszeitung», die wöchentliche Zusammenfassung des «Tagblatts», geisselten den Geist der neuen Zeitung. Schleuniger parierte die Angriffe vorzüglich mit dem Florett, nicht mit dem Schwerte. «Das Publikum wird sich erinnern, dass in dem Benehmen der «Botschaft» von Anfang an nie etwas persönlich Verletzendes für jene Zeitung und deren Redaktion lag.» «Die Botschaft glaubte an bessere Zeiten.» Die Zehnder-Presse aber bezeichnete diese Reaktion als «giftig», titulierte die Opposition im Staate als «Gewürm», die «Botschaft» als «Natter». «Sie suchte Streit – wie böse Weiber oder wie Lotterbuben.»<sup>88</sup> So begann gleich zu Anfang der Streit mit Zehnder und indirekt mit Regierungsrat Augustin Keller. Besonders hart und ausfällig waren die Reaktionen des «Schweizerboten». Am 6. Dez. 1862 rechnete die «Botschaft» in einem Leitartikel mit dem Residenzblatt ab.

Die neue Zeitung war kein Lokalblatt, sondern «die führende Zeitung der Aargauer Katholiken». «Von 500 Abonnenten im ersten Jahr stieg die Zahl der Leser bald auf 2500.»<sup>89</sup> Der «Unerschrockene Freiämter», einstens von

<sup>86</sup> «Botschaft», Nr. 10, 1856

<sup>87</sup> «Botschaft», Nr. 7, 1856; «missrathen» = abraten

<sup>88</sup> «Botschaft», Nr. 19, 9. Aug. 1862

<sup>89</sup> 100 Jahre «Botschaft», 30. Nov. 1955 «Zum Geleit»



Schleuniger übernommen und in die «Stimme von der Limmat» verwandelt, endete 1856 als «Badener Zeitung». «In diesem Sinne haben wir «Die Botschaft» in der «Badener Zeitung» vom 15. März in die Öffentlichkeit gestellt.»

Die Kontinuität des Oppositionsblattes bleibt lückenlos, auch wenn die Titel wechseln. Damit wird Schleuniger 1856 zum zweiten Male politischer Wortführer der Aargauer Katholiken – auch ohne offizielles Amt. Die Zusammenarbeit mit Karl von Schmid, Schlossherr von Böttstein, 1862–1885 Grossrat, 1863–1864 Ständerat, 1878–1887 Nationalrat, 1884/85 Verfassungsrat, sicherte der neuen Zeitung und deren Inhaber den Zugang zu den Informationen. Umgekehrt konnte Schleuniger dem Oppositionspolitiker sein Blatt als Forum und Instrument darbieten.

Die «Botschaft» hat zwar 1863 mit dem Tagblatt «Neue Schweizer Zeitung» in Baden Sukkurs erhalten; gleichzeitig musste dafür ein Verlust an Abonnenten in Kauf genommen werden. Uneigennützig forderte die «Botschaft» selber «zur Aktienzeichnung auf, um das neue Blatt durch eine finanzielle Grundlage zu sichern.»<sup>90</sup> Erst nach mehreren Anläufen vermochte sich schliesslich eine katholisch-konservative Tageszeitung in Baden zu etablieren. Dann erst wurde die «Botschaft» zum Lokalblatt – zum führenden Lokalblatt – des Bezirks Zurzach, damals bereits im Besitz der Nachfolgefamilie Bürli.

Die grösste Zeit erlebte die «Botschaft» als Sprachrohr der Opposition gegen die Einbürgerung der Juden im Aargau. Im Grunde genommen handelte es sich um ein lokales Problem, das aber mit dem Prinzip der Gleichheit und der Niederlassungsfreiheit zusammenprallte.

Die Juden in den Surbtalgemeinden Ober-Endingen und Lengnau, ca. die Hälfte der dortigen Wohnbevölkerung umfassend, sollten ohne ordentliches Einbürgerungsverfahren und kostenlos ins Gemeinde- und Ortsbürgerrecht aufgenommen werden. So befahl es der Grosse Rat mit Mehrheitsbeschluss. Tatsächlich lebten diese Menschen seit mehr als drei Jahrhunderten in diesen Dörfern, und andernorts hatten die Steckhofbewohner ebenfalls in globo das Bürgerrecht erhalten. Damit konzentrierte sich die Argumentation auf jüdische Sitten und Religion. Schleuniger verstand es geschickt, mit antijüdischen Parolen, verbrämt als Bewahrung des Kantons als christliches Staatswesen («Ein Vaterland der Christen»), den egoistischen Interessen der Altinsassen zu Hilfe zu kommen: «Man kann den Juden das Bürgerrecht geben, aber es wird nie gelingen, sie zu Schweizern zu machen.»<sup>91</sup> Staatspolitisch eingefärbt lautete der Einwand: Konnte eine Verfassung noch demokratisch heissen, die das Parlament mit der Macht ausstattet, den Bewohnern so schwerwiegende Änderungen der Lebensumstände zu diktieren? Damit traf Schleuniger mit jener Bewegung zusammen, die

<sup>90</sup> Pfr. Heer, S. 41

<sup>91</sup> zit. nach Pfr. Heer, S. 44

seit dem Eisenbahnbau die direkte Mitsprache des Volkes forderte: den Demokraten. Er übersprang mit dieser Argumentation die konfessionellen Grenzen und fand grossen Anhang in den ländlichen Gebieten des reformierten Aargaus, zum Teil sogar in gewissen Lokalblättern, die chronisch die «Herrenpartei» kritisierten. Die politischen Forderungen Schleunigers wirkten progressiv und richteten sich gegen eine verzopfte, überlebte Machtstruktur und deren Träger und Verwalter. Die Legitimation entstammte aber nicht dem aufklärerischen Credo, sondern war aus der Landsgemeinde-Tradition abgeleitet.

1862 wurde, trotz Protestversammlungen in Leuggern, Döttingen und auf dem Kapf (Freiamt), die Einbürgerung der Juden vom Grossen Rat fast einstimmig (zwei Gegenstimmen) beschlossen. Die direkte Mitsprache des Volkes lag laut Verfassung vor allem in der Abberufung des Grossen Rates, wozu mindestens 6000 Unterschriften und eine Volksabstimmung nötig waren. Die Aktion der «Botschaft» erbrachte 10 069 Unterschriften und eine Volksabstimmung, die mit 25 003:9433 gewonnen wurde. Am 27. Juli 1862 konnte Schleuniger diesen Sieg feiern. Die «Mannli», wie das Komitee verächtlich benannt wurde, benutzten in der Folge das Schimpfwort als Ehrentitel: «Mannli, heraus!».

Das taktische Zusammengehen mit den Reformierten aus dem Kreise der demokratischen Bewegung darf parteihistorisch nicht überhöht werden; es blieb episodenhaft und beschränkte sich auf gewisse Problembereiche. «Die Mannli-Partei Schleunigers hat etwas realisiert, das von der CVP des 20. Jahrhunderts angestrebt, aber kaum erreicht wurde: Katholiken und Protestanten mit gemeinsamer Gesinnung unter einen Hut zu bringen. Das bekannte Döttinger Komitee, dessen führender Geist Johann Nepomuk Schleuniger war, bestand aus elf Katholiken und neun Protestanten.»<sup>92</sup> Gerade die Zeitungsgeschichte beweist uns, dass die führenden demokratischen Blätter – wenn es nicht gerade um die Volksrechte ging – ungehindert fortfuhren, die «Botschaft» und ihre Haltung auszuspotten: die «Römlinge» durften und konnten – ihrer Ansicht nach – keine guten Staatsbürger sein. Der Kulturkampf hat dann die Gräben noch vergrössert. Vergleiche mit dem zwanzigsten Jahrhundert wirken daher schief und verkrampft.

Obwohl die «Botschaft» von den meisten Zeitungen angefeindet oder nur höhnisch zitiert wurde, behielt sie in der Regel Fassung und führte den Kampf eher defensiv. Schon ganz zu Anfang meinte der Redaktor, dass die «Botschaft» weniger in den Wirtshäusern, schon eher in den Pfarrhäusern anzutreffen sei. In der «Mannli»-Zeit, um 1862/63, wird der Ton kämpferischer. Zuerst galt es, zu entscheiden, ob als Grundlage die Seelenzahl oder die Zahl der stimmbfähigen Männer für den Grossen Rat massgebend sein sollte. Das war nicht nur eine Prinzipienfrage; dahinter verbarg sich eine Menge

---

<sup>92</sup> Pirmin Meier in «Botschaft», Jubiläumsausgabe, 27. Mai 1981

politischen Zündstoffs. «Das ‹Zofinger Volksblatt› betrachtet die Seelenzahl als das einzige Mittel, die (Wieder-)Herstellung der Klöster und (hört!) – die – Rehabilitation Schleuniger's zu verhindern.» Die ‹Botschaft› konterte überlegen und nicht weniger berechnend: Gebt dem Volke die Souveränität zurück, «d. h. gebet ihm die Abstimmung über die Gesetze, beseitigt etwa auch das Schwurgericht – nur diese zwei Dinge, und S. wird mit Freude der Rehabilitation im Voraus entsagen; er wird auch die Redaktion der ‹Botschaft› niederlegen, und künftig in aller Stille und Abgeschlossenheit seinen Gemüsegarten bebauen.»

In politisch heissen Phasen wurden gelegentlich Sondernummern zwischengeschaltet. Seit 1863 wurde das Format fast halbiert, dafür erschien das Blatt nun regelmässig dreimal wöchentlich. Die ‹grosse Botschaft› (Format!), als Wochenzeitung, wurde als Alternative angeboten und blieb das Blatt des ärmeren Bürgers zum halben Preis bis zum Ende des Jahrhunderts. Der Streit zwischen ‹Herren› und ‹Mannli› beherrschte die Spalten. Zum Jahreswechsel wurden vom Redaktoren die Presseprozesse von 1862 wieder aufgerollt. «Sechs einstimmig verlorene Presseprozesse auf einmal! Gott Lob, dass sie verloren sind! Diess bedeutet ja auch etwas.» Pressefreiheit und demokratische Anliegen standen nun im Zentrum. Aber nicht alle demokratischen Zeitungen konnten sich mit der ‹Botschaft› solidarisieren – im Gegenteil – sie betonten ihre Distanz, um nicht als ultramontan eingestuft zu werden.<sup>93</sup> Und zeigten sich die ‹Aargauer Nachrichten› für einmal gleicher Meinung, so kommentierte die ‹Botschaft› frohgemut: «Ein Wort für's Volk aus Gegners Mund.»<sup>94</sup>

Ruppiger reagierte Schleuniger auf Schmähungen demokratischer Organe wie ‹Aargauer Wochenblatt› aus Lenzburg oder dem ‹Aargauischen Anzeiger›, der als ‹geistloser Raufbold› titulierte.<sup>95</sup> Angesichts der offensichtlichen Judenfeindschaft der ‹Botschaft› wurde es für freisinnige Redaktoren und ihre Blätter immer dringender, Distanz zu halten. Obgleich der Redaktor sich gerne hinter Zitaten versteckt hielt, beweisen die kurzen Kommentare, wes Geistes Kind er war. «Den jüdischen, nimmersatten, keine Mittel verachtenden, ewig zappelnden Wuchergeist an die Tafel ihrer materiellen Güter zu setzen»: ist das unser Interesse?<sup>96</sup> «Sollten die Juden vor Christen und Schweizern ein Vorrecht haben, während jüdische und schweizerische Politik Dinge sind, welche in ihrem innersten Wesen zusammenpassen wie Liebe und Hass?» Daneben sei doch die Jesuiten-Gefahr für diesen Staat völlig harmlos. «Man will die Schweiz den Juden der ganzen Welt öffnen, und gibt dadurch unsere schweizerisch-nationale Politik preis, der

<sup>93</sup> ‹Seetaler› vom 22. Dez. 1866. Desgleichen ‹Freie Presse›, Reinach, zit. in ‹Aargauer Zeitung› (Martin) 12. 3. 1865

<sup>94</sup> ‹Botschaft›, 8. Jan. 1863

<sup>95</sup> ‹Botschaft›, Nr. 9, 1863

<sup>96</sup> ‹Botschaft›, Nr. 13, 1863, zitiert aus dem ‹Neuen Tagblatt›, St. Gallen

jüdisch-nationalen.»<sup>97</sup> Der Ton der «Botschaft», nun agitatorisch und rüder, und der offensichtliche Erfolg – der neue Grosse Rat hatte die Gleichstellung der Juden mit 79:61 Stimmen abgelehnt – provozierten Presseprozesse ohne Ende. Nr. 34 der «Botschaft», am 19. März 1863, erschien erst einen Tag verspätet. Unter dem Zeitungskopf wurde erklärt, dass Schleuniger in Zuzach vor Gericht gewesen sei und die Nummer nicht zeitig habe vorbereiten können. Am 30. April 1863 wiederholte sich die gleiche Affäre. Die Verteidigung des erneuerten Parlaments und dessen Entscheid bezüglich der Judenfrage – «für lange-lange» –<sup>98</sup> wurde für Schleuniger zur Verteidigung der Volkssouveränität schlechthin und lohnte die grossen Opfer.

Umso härter wurde die «Botschaft» vom Diktat des Bundes getroffen, das 1866 die Judenemanzipation durch Parlamentsentscheid allem Widerstand zum Trotz verfügte. Neben dem demokratischen Gesetzesreferendum und der Volkswahl von Regierungsräten und Richtern, verbiss sich die Leader-Zeitung der Katholiken immer mehr in den Kulturkampf. Angesichts der schlechten Erfahrungen sollte nun einerseits die eidgenössische Politik in gleicher Weise demokratisiert werden, andererseits war die kantonale Souveränität abzusichern. Die anstehenden Totalrevisionen der eidgenössischen und aargauischen Verfassung boten dazu Gelegenheit. Schliesslich hatte Schleuniger erfahren dürfen, dass er publizistisch der herrschenden Kaste Paroli bieten konnte.

Als das Vatikanische Konzil im Juli 1870 die lehramtliche Unfehlbarkeit des Papstes erklärt hatte und dies von den Kritikern als «staatsgefährliches Ungeheuer»<sup>99</sup> erklärt wurde, standen sich Staat und katholische Kirche wie nie zuvor feindlich gegenüber. Die Autorität des Staates bestimme vermehrt, was Bildung und was Irreführung, was Geist und was Ungeist hiess, behauptete Schleuniger. Das Studienmonopol des Staates, begründet in der Maturitätsprüfung, könne als Machtmittel der Herrschenden benutzt werden. Die «Botschaft» stellte der «unverschämten Lehrfreiheit» «die Freiheit des Hörens» gegenüber. Die Auseinandersetzungen mit dem liberalen Staat bezüglich der Absetzung von Bischof Lachat durch weltliche Behörden füllten lange Zeit die Spalten des Blattes.

Vor allem zwischen den Zehnder-Zeitungen und der «Botschaft» flogen die Späne. Neue Anfeindungen hatte sich Augustin Keller zugezogen, als er Anhänger und Förderer der christkatholischen Abspaltung wurde und damit Schleuniger als katholischen Schulfachmann besonders herausforderte. Die aargauische Schulpolitik und das Lehrerseminar Wettingen waren im selben Masse dauernder Kritik der «Botschaft» ausgesetzt, als der Erziehungsdirektor die Sympathie und Lobpreisung der liberalen Presse genoss. Das

<sup>97</sup> «Botschaft», 2. April 1863

<sup>98</sup> «Botschaft», 15. März 1863

<sup>99</sup> Pfr. Heer, S. 62

Gerücht, dass Keller bei Bildhauer Christen in Bern seine Büste bestellt habe, um sie in den Freimaurerlogen aufstellen zu lassen, sei eine typische «Botschafts»-Lüge, meinte das Badener Blatt.<sup>100</sup> Die Bismarck'sche Politik war der konservativen Presse derart verhasst, dass ihr unterstellt wurde, sie versuche Frankreich in die innern Angelegenheiten der Eidgenossenschaft zu zerren.<sup>101</sup> Adressiert an das Klingnauer Blatt zitierte das BT genüsslich Philipp Anton von Segesser in der Bundesversammlung, der anerkannte, dass die Bismarck-Panik die Aussenpolitik der Schweiz belaste und die katholischen Zeitungen, «welcher Presse überhaupt mehr Anstand und Verstand zu wünschen wäre», sich etwas mässigen dürften.<sup>102</sup> Andererseits kritisierte Schleuniger den von Zehnder im «Badener Tagblatt» immer wieder zitierten Satz: «Auch der Gerechte fällt siebenmal des Tages», als «höchst bequeme Moral» und nannte sie eine eigentliche «Zehndermoral». Zum einen handle es sich nicht um einen Ausspruch Christi, sondern stehe bei Salomon, zum andern sei diese Exegese falsch, billig und alles entschuldigend.<sup>103</sup>

1865 erschien neben der «Botschaft» in derselben Druckerei auch Nationalrat Aklins «Neue Schweizer Zeitung», die ab Januar 1865 nur noch zweimal wöchentlich herausgebracht wurde. Grund für diese Transaktion war ein Hausstreit im Verlag Huwiler in Baden. Die Ereignisse sind im Zusammenhang mit der Badener Presse beschrieben worden. Dem Unternehmen Aklins war nur noch eine kurze Spanne Lebenszeit beschieden. In verschiedenen Zeitungen im Aargau wurde deren Ende auf den 1. Oktober 1866 gemeldet. Der «Seetaler» spottete dazu am 22. Sept. 1866: «Die «N. Schweizerztg.» (Redaktor Hr. Aklin) zeigt ihren Lesern an, dass sie auf 1. Okt. ihr Dasein schliessen werde, ihr Geist werde aber in der «Botschaft» noch fortleben. Fahr wohl, Morgenroth der neuen Aera!»

Die Revisionsvorlage von 1874 wurde von der «Botschaft» als zentralistisch und zu wenig demokratisch abgelehnt. Der «Schweizerbote» meldete am 11. April, dass diese Zeitung in Kaisten eine Versammlung der Gegner organisiere. Am 17. April erfolgte ein warnender Aufruf Augustin Kellers mit der Nachschrift: «Aufgepasst! Gestern und letzte Nacht ist die Beilage aus der Klingnauer «Botschaft» vom 12. April massenhaft im Kanton und auch in den reformierten Bezirken verbreitet, bezw. vor die Häuser gelegt und in die Hausgänge geworfen worden.»<sup>104</sup> Offensichtlich währte man, dass Aktionen Schleunigers ausschlaggebend sein könnten. Die Berichterstattung über die Veranstaltung in der Kirche von Kaisten, wie die «Botschaft» sie darbierte, sei verfälscht.<sup>105</sup> Unermüdlich hätte von Schmid während 1½ Stunden die Bun-

<sup>100</sup> BT, 8. Aug. 1873

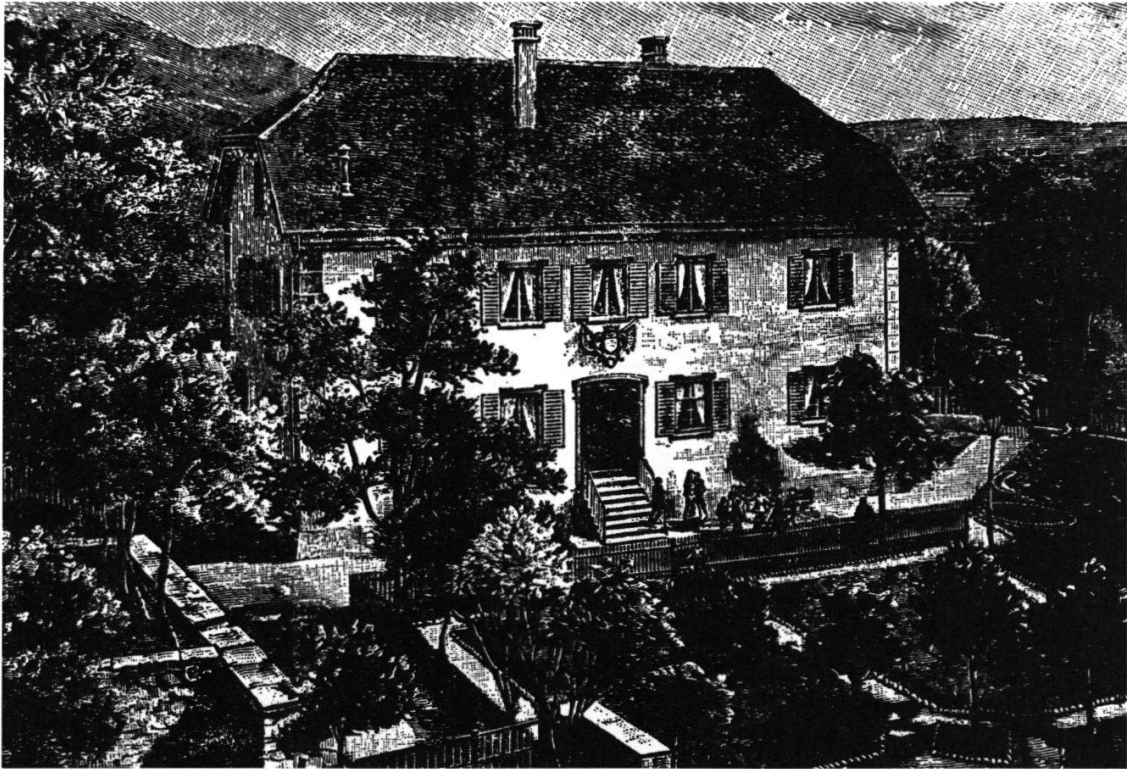
<sup>101</sup> Hinweis auf Nr. 94 der «Botschaft» in BT

<sup>102</sup> BT, 9. Aug. 1873

<sup>103</sup> «Botschaft», 4. Januar 1874

<sup>104</sup> SB vom 17. April 1874

<sup>105</sup> BT, 17. April 1874



*Das alte Johanniterheim in Klingnau, Wohn- und Druckgebäude Schleunigers  
(Bild Georg Mayer).*

desverfassung «heruntergemacht».<sup>106</sup> Erstaunlich ist die oppositionelle Energie, die fast ausschliesslich von Klingnau aus entfaltet wurde. Ausser dem Piusverein, der seit 1859 erste Ortssektionen im Aargau gründete, gab es keine Organisation, die dem politischen Katholizismus hätte Struktur, Impulse und Planung vermitteln können.<sup>107</sup> Alles hing von der Presse, insbesondere von der «Botschaft» und ihrem Redaktor ab. Das Flugblatt, in 15 000 Exemplaren gedruckt und unters Volk verbreitet, hatte er bereits als schwerkranker Mann verfasst.<sup>108</sup> Am 19. April 1874 stimmten Volk und Stände der totalrevidierten Verfassung zu. Am 9. Oktober des gleichen Jahres starb Schleuniger.

Der Klingnauer Bürger Ferdinand Bürli, Schriftsetzer, war von Anfang an mit dabei. Nach seiner Lehre in Luzern wirkte er seit 1856 als technischer Leiter in Klingnau. «Die Harmonie zwischen Redaktor Schleuniger und dem Drucker Bürli war eine glänzende. Alle politischen Kämpfe wurden mit vereinten Kräften durchgestanden...». Er hatte die Adoptivtochter Schleunigers, Luise, «eine gebildete vorzügliche Frau», geheiratet, und da dieser keine eigenen Kinder hatte, war er gleichsam der Schwiegersohn geworden. Aber schon 1866 starb die junge Frau. Dennoch übergab ihm Schleuniger noch

<sup>106</sup> BT, 13. April 1874

<sup>107</sup> Hophan, Franz-Peter, Der polit. Katholizismus im Aargau 1885–1951

<sup>108</sup> Pfr. Heer, S. 73



*Ferdinand Bürli von Klingnau, Weggefährte und Nachfolger Schleunigers (Bild Georg Mayer).*

zu Lebzeiten die Druckerei zu Eigentum. Bürli hatte bei ihm «eine gute politische Schulung» erhalten, «die ihm die Grundsatztreue verlieh, die er bis an sein seliges Ende bewahrte.»<sup>109</sup> «Er baute die technische Einrichtung der Buchdruckerei aus, verlegte sie, weil das Johanniterhaus als Kinderheim gestiftet wurde, in die Liegenschaft zum Höfli im obern Städtchen.» Mitte der 80er-Jahre erstellte er einen stattlichen Neubau.<sup>110</sup>

Mit dieser Übergabe blieb auch die politische Richtung erhalten, obwohl mit der neuen aargauischen Staatsverfassung 1885 die offenen Auseinander-

---

<sup>109</sup> «Botschaft», 7. Jan. 1918, Nekrolog und 27. Mai 1981, Jubiläumsausgabe

<sup>110</sup> «Botschaft», Jubiläumsausgabe, 27. Mai 1981

setzungen Staat – katholische Kirche an Schärfe und Härte verloren. Dennoch gilt weiterhin für die «Botschaft» wie für die andern Blätter des politischen Katholizismus: «In der aargauischen Wirklichkeit zwischen 1880 und 1920 liess sich eine Trennung zwischen Religion und Politik nicht durchführen; aus dem katholischen Gottes- und Weltbegriff ergab sich notwendigerweise die organische Zusammenarbeit von Politik und Religion.» «Die Anerkennung nichtkatholischer Staatslenkung durch Leo XIII. 1885 hatte kaum grundsätzliche, sondern eher bedingte Geltung. Den Kampf gegen diesen liberalen Staat zu führen, das verlorene Terrain zurückzugewinnen, war die Aufgabe des politischen Katholizismus.»<sup>111</sup>

Auch nach dem Tode Schleunigers blieb die «Botschaft» noch längere Zeit im Brennpunkt pressepolitischer Polemiken. Der Verlust des Gründers traf das Blatt hart. Der Nekrolog entsprach der Summa eines höchst Verdienten; darüber konnte nur die gegnerische Presse verstimmt und empört sein. Sie nahm die Gelegenheit wahr, alle angeblichen und gerichtlich festgestellten, aber alleweil bestrittenen Sünden und Vergehen des Verblichenen auszubreiten.<sup>112</sup> Anschliessend – das heisst ohne die Führerfigur – wurde die «Botschaft» immer wieder als absterbendes Blatt dargestellt<sup>113</sup>, das nun «von ein paar Pfaffen redigirt» werde.

Am 2. März 1881 wurde ein «blutjunger Redaktor der «Botschaft»» zurechtgewiesen, weil er den Ton nicht fände, mit dem BT umzugehen. Dies müsse sich sofort bessern, «sonst! ... Verstanden?!» (Conrad?)<sup>114</sup> «Der neue Hauptredaktor der Botschaft probirt seinen Giftzahn fast in jeder Nummer an unserer Haut.»<sup>115</sup> Das Christentum der «Botschaft» – «das ist nicht unser Christentum.»<sup>116</sup> «Einer der Herren Redaktoren, der freilich noch nicht den schwarzen Rock trägt (aber was nicht ist, kann noch werden), dürfte statt des türkischen Halbmondes als Hauszeichen sich besser einer Hopfenstange bedienen...»<sup>117</sup>

Die «Botschaft» konzentrierte sich nach dem Tode Schleunigers noch einseitiger auf die Anliegen des katholischen Aargauervolkes: Eigene Politik wurde nur dort betrieben, wo religiös-kirchliche Probleme berührt wurden. Das katholische Eigenleben wurde vermehrt gepflegt, ein deutliches Zeichen, dass vor allem Geistliche als Korrespondenten wirkten. Jubiläen und Nekrologe von Pfarrherren füllten ganze Spalten. Die Todesanzeige von Dekan Johann Anton Rohn bedeckte die ganze Titelseite der Nummer 1880, und Gedenkblätter zu seinem Wirken begleiteten das Blatt über längere Zeit. Dieser war längere Zeit einer der nächsten Mitarbeiter Bürlis gewesen.<sup>118</sup>

<sup>111</sup> Hophan, Franz-Peter, Der polit. Katholizismus im Aargau 1885–1951, S. 15

<sup>112</sup> BT, 14. Okt. 1874

<sup>113</sup> BT, 21. Nov. 1874, 26. Dez. 1874

<sup>114</sup> BT, 2. März 1881

<sup>115</sup> BT, 3. Mai 1881

<sup>116</sup> BT, 7. Juni 1881

<sup>117</sup> BT, 7. Juni 1881, eine unklare Anspielung auf Conrad, der gerne Theologe geworden wäre?

<sup>118</sup> «Botschaft», 7. Jan. 1918, Nekrolog Ferd. Bürlis



Dass zwischen 1880 und 1885 fast täglich eine Auseinandersetzung zwischen der Zehnder-Presse und der «Botschaft» stattfand – es sprühten die Funken und stoben die Späne – hatte damit zu tun, dass die beiden Blätter geografisch und thematisch den gleichen Rayon abdeckten – vor allem die beiden Wochenausgaben. In Baden betrieb die «Botschaft» unmittelbar Lokalpolitik, als 1878–1883 durch Begründung der liberalen Heer'schen «Abendpost» (später Verlag J. Frick) die Stadt ohne konservatives Parteiorgan war. Zudem pflegte Zehnder, Mitglied der katholischen Kirchenpflege, trotz wessenbergischer Gesinnung und offenen Sympathien zur altkatholischen Bewegung, mit Hartnäckigkeit katholisch-theologische Interna zu behandeln, was von der Konkurrenz als dauernde Provokation empfunden wurde. Die Gifteleien gipfelten in einer eindeutig von der «Botschaft» inszenierten Kampagne zum Sturze Zehnders als Stadtammann. Vordergründig wurden ihm alle publizistischen Sünden im Zusammenhang mit dem Nationalbahn-Debakel vorgehalten, seine falschen Prognosen als Schwindeleien deklariert; in Wirklichkeit galt es, den gefährlichen Verunsicherer der katholischen Gläubigen abzutakeln. Als wenn hinter all den Verhandlungen und Beschlüssen betreffend der Volksbahn nicht laufend Mehrheitsbeschlüsse der Behörden und Volksentscheide gestanden hätten! Und Zehnder wurde 1880 trotz fast ganzseitiger «Entlarvungsartikel» in der «Botschaft» wiedergewählt.<sup>119</sup>

Zehnder konnte es nicht lassen, mit gepfefferten Nebenbemerkungen die «Botschaft» und ihre angeblichen Hintermänner gezielt zu provozieren. So untermauerte er seine Forderung, die Polizei-Soldaten seien besser zu besolden, «da sie ja zwei- und dreimal so viel thun müssen als die doppelt und dreimal so hoch besoldeten Kapläne und Hilfspriester.» Die «Kaplanenpresse» bengelte sofort in gleichem Masse zurück: «Solcher «Kommunismus» steht besonders Leuten gut an, die grosse Schulden durch wiederholten Bankerott abgeschüttelt haben und nachher wieder die grossen Herren spielen!»<sup>120</sup> Kurz darauf entschlüpfte dem Badener Redaktor in anderem Zusammenhange der Satz: «Wir folgen der «Botschaft» auf ihrem eckelhaft schmutzigen Wege nicht», was für Bürli wieder einmal das Mass voll machte und er seinen Widersacher einklagte. Resultat: Eine Entschädigung von Fr. 93.– an den Kläger und zusätzlich eine Busse von Fr. 20.– für Zehnder.<sup>121</sup>

1881 stand der Streit zwischen Bürli (wahrscheinlich Redaktor Conrad) und Zehnder im Zeichen Wessenbergs. Ein Schriftsteller Namens B. Lempens hatte ein Buch veröffentlicht über die negativen Auswirkungen aller christlichen Reformbewegungen: Von der Reformation über die Klosteraufhebung bis zum Altkatholizismus haben Änderungen «dem Volk nur Ver-

<sup>119</sup> «Botschaft», 24. und 28. Oktober 1880

<sup>120</sup> «Botschaft», 5. August 1881 (Hinweis auf Zehnders Konkurs im Jahre 1850, also vor 31 Jahren!)

<sup>121</sup> «Botschaft», 25. Nov. 1881

derben gebracht». «Cujus regio, ejus religio» war der Beginn der Knechtschaft, nicht der Freiheit. Das «Badener Tagblatt» stiess sich vor allem an der harten Kritik am wessenberg'schen Geiste, der in der Besprechung des Werkes im kurzlebigen «Allgem. Volksblatt», Baden, verbreitet worden war. Die «Botschaft» bot nun Lempens reichlich Raum, Zehnders Kritik an der Kritik «abzufertigen»; die grössten Blätter Deutschlands hätten sein Werk als «wissenschaftlich» bezeichnet, und die «Verläumdungen» seiner Person im «Tagblatt» würden vor Bezirksgericht Baden behandelt werden.<sup>122</sup>

Wie sich solche «Diskussionen» in den beiden Presseorganen in der Praxis niederschlugen, zeigt und belegt eine exemplarische Abfolge: «Die «Botschaft» schrieb jüngst: Wer die vernichtende Kritik Wessenbergs im ehemaligen «Allg. Volksblatt von Baden» gelesen, gegen welche die Zehnderpresse nichts Sachliches zu erwidern im Stande war, würde, sofern er katholisch sei, sich freuen, dass der Geist Wessenbergs ins Pfefferland gefahren. Nun schreibt Hr. Zehnder, die «Botschaft» reibe sich voll Vergnügen die Hände in der Erinnerung an die schmachvolle Äusserung Lempens, die das Andenken Wessenbergs als ein «verfluchtes» bezeichnete. Aus obiger Behauptung der «Botschaft» eine solche Schlussfolgerung zu ziehen, ist nur «Zehnderische Ehrlichkeit» im Stande.»<sup>123</sup> Auf die Klagen, dass die «Botschaft» mit ihrer Polemik das «Tagblatt» und seinen Verleger schädigen wolle, reagierte das Klingnauer Blatt hinterhältig beschwichtigend: «Es lag niemals in unserer Absicht, weder dem Tagblatte eine publizistische Anstandspredigt zu halten, noch seinem greisen Chef das Sterbeglöcklein zu läuten»; die «Taktik des Gegners ... macht uns den Kampf bedeutend leichter. Also ein recht aufrichtiges Prosit Neujahr ad multos annos!»<sup>124</sup>

Noch einmal – im Vorfeld der Debatte um die neue Kantonsverfassung – wurde die «Kaplanenpresse»<sup>125</sup> «als untramontane Publizistik, die in Lengnau und Zurzach in geistlicher und weltlicher Küche zusammengebraut wird», verunglimpft.<sup>126</sup> Der Pfarrer von Lengnau, Franz Xaver Keller, in Lengnau bis 1884, dann in Zurzach ab 1885, wurde als Artikelschreiber der «Botschaft» speziell angeprangert.<sup>127</sup>

Mit der Annahme der Verfassung 1885 hörten die gegenseitigen Beschimpfungen fast gänzlich auf. Der Kampf gegen links – gegenüber der Jäger-Presse – absorbierte die ganze Aufmerksamkeit Zehnders. Die seit 1885 wirkende Presse der Demokraten in Baden, vorab die «Schweizer Freie Presse», übernahm immer häufiger den einstigen Part der Zehnder-Blätter. Besonders angrifffig zeigte sich Grossrat Jäger gegenüber dem ersten konser-

<sup>122</sup> «Botschaft», 10. März 1881

<sup>123</sup> «Botschaft», 2. Dezember 1881

<sup>124</sup> «Botschaft», 23. Dez. 1881

<sup>125</sup> BT, 22. Dez. 1884

<sup>126</sup> BT, 31. Dez. 1884

<sup>127</sup> BT, 31. Dez. 1884

vativen Regierungsrat Conrad, der gleichzeitig immer wieder als Redaktor der «Botschaft» angesprochen und bekrittelt wurde.<sup>128</sup> Das «Badener Tagblatt» trat nun gelegentlich als Verteidiger von Conrad auf.<sup>129</sup>

Dieser Akt, fast zu Ende des Jahrhunderts, beschloss gleichsam die kantonale Aera der «Botschaft»: von nun an verstand sich dieses Blatt selber als katholisch-konservatives Bezirksorgan. Die dauernden Angriffe auf den Redaktor Conrad veranlassten die «Botschaft» zur Bemerkung, dass sie der «Freien Presse» keine Rechenschaft schuldig sei und nicht unter deren Zensur stünde. Doch nicht der Redaktor Conrad habe sich geäußert, sondern der Regierungsrat, meinte Josef Jäger, und dieser unterstünde jederzeit der Zensur der Öffentlichkeit.

Auf dem Höhepunkt des Badener Pressestreites wurde das «Badener Tagblatt» von Jäger immer wieder als «hiessige-» oder «Zehnder'sche Botschaft» tituliert; «höchstens die «Botschaft» in Klingnau könnte sich ärgern darüber.»<sup>130</sup> Auch 1889 stand Conrad im Dauerregen der Demokraten-Presse, weil sich die Stellungnahme des katholisch-konservativen Regierungsrates mit derjenigen der Partei nicht immer deckte.<sup>131</sup> Selbst die übrigen konservativen Zeitungen würden mit der «Schweifwedelpolitik» der «Botschaft» nicht mehr einig gehen.<sup>132</sup> Angesichts solcher Polemiken lässt sich kaum rechtfertigen, was im Biographischen Lexikon über Conrad steht: «Jahrzehntelang besorgte er als Nachfolger des Professors Nepomuk Schleuniger anonym und uneigennützig die Schriftleitung der Botschaft und war ausserdem Mitarbeiter verschiedener anderer katholischer Zeitungen.»<sup>133</sup>

Am 22. Dezember 1892 wurde verbreitet: «Wie «Aarg. Tagbl.» vernimmt, soll die aarg. katholisch-konservative Partei sich mit der Absicht tragen, in Aarau ein grösseres Parteiblatt erscheinen zu lassen, wogegen die «Botschaft» eingehen würde.»<sup>134</sup> Ein Sturmzeichen oder eine Rauchpetarde? So einfach liess sich ein wegleitendes Unternehmen von der neugegründeten Partei nicht wegdekretieren. Zwar entstand nach jahrelangen Debatten 1895 das «Badener Volksblatt». Die Delegiertenversammlung der Partei, am 26. Januar 1895 in Baden, erliess aber folgende Resolution: «Es seien, angesichts der bevorstehenden freisinnigen Parteifusion, die eigenen Reihen ebenfalls enger zu schliessen, und zu diesem Ende speziell auch nach gegnerischem Beispiel die zur Verfügung stehenden Presseorgane (Botschaft, Freischütz, Frickthaler, Bremgartner Wochenblatt, Wohler Anzeiger und Badener Volksblatt) in *gleicher* Weise durch Gewinnung neuer Mitarbeiter und Abonnenten-

<sup>128</sup> SFP, 31. Mai 1886

<sup>129</sup> SFP, 31. Mai 1886

<sup>130</sup> SFP, 9. Jan. 1888, 11. Jan. 1888

<sup>131</sup> SFP, 17. Juni 1889

<sup>132</sup> «Bremgartner Wochenblatt» in SFP, 17. Juni 1889

<sup>133</sup> BLA, S. 142

<sup>134</sup> BT, 22. Dez. 1892

ten energisch zu unterstützen und zu verbreiten.»<sup>135</sup> Der Verdrängungswettbewerb zwischen «Botschaft» und «Volksblatt» auf dem Platze Baden verlief keineswegs schmerzlos. Schon in den ersten Wochen glaubte das altbewährte Organ, dem Neuling erklären zu müssen, dass der bisherige Aufbau der Partei seriös erfolgt sei und keine Kritik ertrage.<sup>136</sup> Zu einer eigentlichen Spannung zwischen den beiden konkurrierenden Brüdern kam es im Zusammenhang mit der kantonalen Vorlage für die Lehrer-Besoldungserhöhung. Das «Volksblatt» bemängelte die Beschlüsse der Partei und bezeichnete die Zustimmung als «taktischen Fehler». Die «Botschaft» fand solche Kritik deplaziert und erinnerte die Redaktion an die «Parteidisziplin».<sup>137</sup>

Die langjährige Verzahnung von «Botschaft» und Badener Presse muss ein Erbstück von Schleuniger gewesen sein. Selbst das Wiederauftauchen eines Zurzacher Lokalblattes 1877 «Der Rheinbote», zeitweise «Der Grenzbote», veranlasste Bürli nicht, sich mit dem Konkurrenten im Bezirk herumzuschlagen. Gelegentlich wurde der «Bote» zitiert, ansonsten überliess man ihm seinen lokalen und parteipolitischen Leserkreis. Offenbar herrschte die Ansicht vor, dass sich niemand beide Bezirksblätter nebeneinander hielt. Vielleicht währte sich auch die «Botschaft» so weit über dem Konkurrenten stehend, dass sich eine Fehde nicht lohnte. Ein lächerlicher Winzling: «Der Grenzbote oder auch Rheinbote genannt, sucht seinen engen Leserkreis dadurch zu erweitern, dass er aus dem «Wynenthaler Blatt» betreff der Gerichtspräsidentenwahl in Zurzach einen Artikel abdruckt, dessen Quelle ihm doch so nahe gelegen.»<sup>138</sup> «Ein Blatt, welches zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig hat, thut dem Artikel der «Botschaft» ... die Ehre an.» «Bis wir uns fürchten vor dem Zorne eines Rheinboten, gehts noch eine Weile.»<sup>139</sup> So ganz ernst scheint Bürli das Blatt des Bezirkshauptortes nicht zu nehmen, noch weniger den radikalen Neuling aus Ober-Endingen, den «Surbthaler». Die Fusion der beiden Organe ab Dezember 1899 dürfte hierin eine Wende gebracht haben, zumal sich in Baden seit 1895 mit dem «Badener Volksblatt» wieder ein konservatives Blatt etabliert hatte. Daher wurde die «Botschaft» vermehrt auf den eigenen Bezirk verwiesen und verlor damit die traditionelle Leader-Stellung auf immer.

Zum 25. Todestage von Schleuniger gestaltete Bürli das Titelblatt seiner Zeitung in besonderer Weise: auf Glanzpapier prangte das Bildnis des Gründers, und ein Gedicht zu seiner Ehre gedachte des politischen Kämpfers. Dieser Gedenktag – den man mit Bedacht als Kontrapunkt zu den Augustin-Keller-Feiern aufzog – fiel zusammen mit dem ersten aargauischen Katholi-

<sup>135</sup> «Botschaft», 26. Januar 1895

<sup>136</sup> «Botschaft», 26. Jan. und 9. Okt. 1895

<sup>137</sup> «Botschaft», 15. April 1899

<sup>138</sup> «Botschaft», 4. Mai 1883

<sup>139</sup> «Botschaft», 15. Juni 1883

kentag in Klingnau.<sup>140</sup> Ein ausführlicher Bericht gedachte anschliessend der «Doppelfeier», an der Regierungsrat Conrad die Festansprache hielt.<sup>141</sup>

## Die Renaissance des Zurzacher Blattes

Um den publizistischen Einfluss der «Botschaft» im Bezirk etwas abzufedern, versuchten Gerichtsschreiber Bercher und der Nachfolger des Verlegers Birrcher, Schaufelbühl,<sup>142</sup> aus Zurzach 1869 erneut, eine liberale Konkurrenzzeitung, das «Zurzacher Wochenblatt», aufzuziehen. Vor allem die protestantische und jüdische Bevölkerung der Region, die vorwiegend liberal wählte, wurde seit 1850 nur noch vom fernen Baden her bedient. Die Verfassungsfragen zwangen die Freisinnigen, das Terrain am Rhein mindestens teilweise der «Botschaft» zu entziehen. Die Heimat des freisinnigen Bundesrats Welti sollte eine eigenständige Politik betreiben können, wozu damals im Aargau immer auch ein eigenes Lokalblatt gehörte.

Leider fehlen alle Nummern dieses Blattes, das bis 1874, das heisst bis und mit dem Jahr der Bundesverfassungs-Abstimmung herauskam. Zu schön um wahr zu sein – und sei es auch nur bezüglich des Begriffes «Renaissance» – ist der Vermerk bei Brandstetter, dass das Blatt zum Schlusse, das heisst 1874, wieder «Aargauer Volksbote» geheissen habe. Zitiert wird immer das «Wochenblatt». War das vielleicht gar nie der offizielle Name, sondern eine saloppe Benamsung des Winzlings durch die Konkurrenz? Zwar wurde das damalige «Wochenblatt» als «liberal» eingestuft,<sup>143</sup> die Hauptquelle berichtet aber eher von radikalen Umtrieben rings um die Orts-Zeitung.<sup>144</sup> Oswald Schön, Bezirkslehrer, sei «Redaktor des seit November 1869 in der neuen Druckerei des Edwin Schaufelbühl erschienenen «Zurzacher Wochenblattes, Organ des liberalen Fortschritts», die eben berufen zu sein scheint, die faulen Eier der kirchenfeindlichen Freimaurerei auch im Bezirk Zurzach niederlegen zu müssen.» Oswald Schön sei zwar katholisch getauft, flieht aber die Kirche «wie den Teufel», versteht sich dagegen aufs «Trinken und Schuldenmachen.» «Solch fortschrittliche Jugendverbildner (Brunnenvergifter)» würden zudem gelobt, bis die «Lobhudler» dann selber die ersten Schritte zur Entlassung ihres Freundes tun. «So wirds dahier auch dem leichtsinnigen Oswald Schön aus Menzingen ergehen. – Edwin Schaufelbühl, der Buchdrucker, wurde im Frühjahr 1876 in die Gant erkannt.»

Der letzte Propst des 1876 aufgehobenen Stifts Zurzach, der hier über die Lokalzeitung berichtet, ist natürlich im höchsten Masse Partei. Dennoch

<sup>140</sup> «Botschaft», 5. August 1899

<sup>141</sup> «Botschaft», 7. August 1899

<sup>142</sup> Witz, Blaser

<sup>143</sup> Blaser

<sup>144</sup> Propst Huber, Erinnerungen, S. 97 f.

dürfen die Daten, die er bezüglich der politischen Ausrichtung liefert, bei so schlechter Quellenlage nicht übersehen werden. Am 1. Jan. 1875 wurde im Lenzburger «Wochenblatt» folgende Meldung veröffentlicht: «Zurzach. Das hiesige Wochenblatt ist wegen Mangel an Abonnenten eingegangen.»

Aber schon am 16. Dezember 1876, das heisst nach einer «Ruhepause» von zwei Jahren, wird in derselben Zeitung angezeigt: «In Zurzach soll von Neujahr an ein demokratisches Wochenblatt erscheinen. – Glück auf!» Es handelte sich um den «Grenzboten», der wieder bei Schaufelbühl bis 1882 (?) erschien.

Im Oktober 1877 entschlüpfte dem «Grenzboten» die Bemerkung, neben den arbeiterfreundlichen Demokraten würden die Ultramontanen die Annahme des Fabrikgesetzes «aus Berechnung» unterstützen. Die «Botschaft» reagierte furibund: «So kann nur schreiben, wer selber keine Überzeugung hat. Im Übrigen lässt es sich erwarten, die Ultramontanen, welche bisher mit ihrem Abonnement das Blatt unterstützt haben, werden sich gelegentlich dieser Niederträchtigkeit erinnern.»<sup>145</sup> 1878 figurierte der «Grenzbote» unter den freisinnigen Zeitungen, die die Proklamation zugunsten der regierungsrätlichen Politik<sup>146</sup> unterzeichnet hatten.<sup>147</sup> Im gleichen Jahre wurde die «Botschaft» mit Schadenfreude bedacht, als sie einen Injurienprozess gegen das «Badener Tagblatt» verlor.<sup>148</sup> Um 1881 war das Verhältnis zwischen der liberalen Zehnder-Zeitung und dem demokratischen «Grenzboten» gespannt. Ein eigentlicher gegenseitiger «Loyalitäts-Wetteifer» zwischen dem «Aargauischen Anzeiger» und dem Zurzacher-Organ sei angelaufen, frozzelte das «Tagblatt», das damals dem radikalen Redaktor des Aarauer Blattes, Gottfried Keller, mit Gericht drohte.<sup>149</sup> In diesen Jahren (1881–1883) muss auch der «Grenzbote» zum «Rheinboten» geworden sein. Blaser lässt zwar letzteren schon ab 1877 erscheinen. Angesichts des knappen Rayons und der dürftigen Mittel scheint uns diese jahrelange Doppelspurigkeit unmöglich. Da Belegsexemplare fehlen, bleibt uns nur die Annahme, dass der «Rheinbote» den «Grenzboten» abgelöst hat.

Dass es den «Rheinboten» als Zurzacher Blatt 1883 gegeben hat, davon zeugen Zitate in andern Zeitungen. Das Blatt hatte offenbar nicht nur den Namen gewechselt, sondern zeigte sich auch differenzierter in der politischen Haltung. Bei der Unterschriftensammlung für eine Totalrevision der kantonalen Verfassung nimmt der «Rheinbote» eine ablehnende Haltung ein; dem Initiativkomitee gehörten unter dem Präsidium von Bezirkslehrer Jäger, Baden, nur demokratische Politiker an.<sup>150</sup> Bei der Verfassungsdiskussion

<sup>145</sup> «Botschaft», 25. Okt. 1877

<sup>146</sup> gegen die «Ultramontanen»

<sup>147</sup> BT, 25. Febr. 1878

<sup>148</sup> BT, 23. Dez. 1878

<sup>149</sup> BT, 13. Sept. 1881

<sup>150</sup> BT, 12. Juni 1883

überwiegt dann eher wieder die demokratische Tendenz. Das «Badener Tagblatt» höhnte: «Der ‹Rheinbote› von Zurzach nennt es eine Falle, dass nach den Beschlüssen des Verfassungsrathes auch alle von der Regierung gewählten Beamten im Grossen Rathe sitzen sollen und zweitens: der Regierungsrath wie bisher vom Grossen Rath und nicht Volke gewählt werden solle.» Aber: «für alle die, so Regierungsräthe werden wollen, sind viel zu wenig Sessel vorhanden! Ob der ‹Rheinbote› das nicht auch einsieht?!»<sup>151</sup>

Eine besondere Kostbarkeit in der aargauischen Presselandschaft müssen die «Rheinschnacken» gewesen sein. Dieses Witzblatt mit Zeichnungen zum aktuellen Geschehen wird gelegentlich zitiert; es ist leider nicht aufzufinden. Ausführlich berichtete das «Badener Tagblatt» über dieses Produkt des Verlages Schaufelbühl: «Der ‹Grenzbote› von Zurzach lässt seit Jahren vierzehntäglich die ‹Rheinschnacken› mitspazieren. Wollte man nur den Titel in Erwägung ziehen, so könnte man dabei geschwollene Hände und dito Nase bekommen, es macht aber da der Titel nicht die Hauptsache aus. Unter dem gleichen Titel soll das Blatt, wie Figura zeigt, künftig grösser alle 14 Tage erscheinen und um den sehr billigen Preis von Fr. 2.50 franco Schweiz, erlassen werden. Die Probenummer sprudelt von Witzen, die Männiglich gerne hört und ebenso gerne liest. Was der ‹Nebelspalter› im Grossen, sind die ‹Rheinschnacken› im Kleinen und der Grosse hätte sich nicht zu schämen, wenn er dem Kleinen dann und wann einen so recht naturwüchsigen Witz ‹abentlehnte›. Das Helgeli, das die ‹Rheinschnacken› in der Probenummer bringen, zeigt uns den Stand der aarg. Totalrevision.» In einem Gedicht dazu wurden offenbar alle Regierungsräte auf dem Bilde charakterisiert. Das «Badener Tagblatt» werde sich in Zukunft erlauben, von Zeit zu Zeit einen Witz zu übernehmen.<sup>152</sup> Einmal aber erzeugte eine Zeichnung – aus den «Rheinschnacken» entnommen – für Turbulenzen. Der Pfarrer von Wohlen Schwil hatte im Religionsunterricht schwatzhaften Mädchen einen «Nuggi» in den Mund gesteckt, um ungestört lehren zu können. Diese Nachricht erzeugte das entsprechende Spottbild oder «Helgeli», wie Zehnder sich auszudrücken beliebte. Er beschwichtigte den aufgebrachten Pfarrer mit dem Hinweis, dass damit die originelle Erziehungs-Idee nicht einmal kritisiert worden sei.<sup>153</sup>

1893, vom 23. September, liegt endlich eine Nummer des politischen Blattes vor. Auch damals handelte es sich beim «Rheinboten» um eine kleine Wochenzeitung, die jeden Samstag erschien. Untertitel: «Republikanisches Volksblatt». Druck und Verlag, aber auch die Redaktion, lag bei Edmund Schaufelbühl. Von den vier Seiten sind zwei mit Anzeigen versehen, fast alle aus dem lokalsten Bereiche. Und auch die «Rheinschnacken» hatten inzwi-

<sup>151</sup> BT, 14. April 1885

<sup>152</sup> BT, 20. Dez. 1880

<sup>153</sup> BT, 9. Febr. 1881

schen eine Fortsetzung erhalten. Alle 14 Tage wurde dem Blatt eine humoristische Beilage «Zick-Zack» zugegeben mit einer Allegorie des Blitzes als Kopfbild. Erst eine weitere Nummer, jene vom 8. Mai 1897, klärt uns über die politische Farbe auf: Das Parteiinserat auf der Titelseite mit den freisinnig-demokratischen Empfehlungen für die Bezirkswahlen, dazu im Textteil entsprechende Werbetexte. Im Dorfe Koblenz «wurde diese Woche von freisinnigseinwillender Seite eifrig das «Badener Volksblatt» von Haus zu Haus kolportiert und auch in Klingnau fand das Konkurrenzblättchen die «Botschaft» Verbreitung.» Es ist betrüblich, dass freisinnige Leute dazu beitragen, der ultramontanen Presse Eingang zu verschaffen. «Badener Volksblatt und Surbthaler gehen eben im Wahlfeldzug Hand in Hand und an niederträchtigen Auslassungen gegen Hrn. Frey überbietet eines das andere.»<sup>154</sup>

### **Die Fehlschläge: «Surbthaler» und «Grenzbote von Kaiserstuhl»**

Nicht nur die konfessionelle Zweiteilung bestimmte die Abonnentenschaft und damit den Einflussbereich der Bezirksblätter. Auch die katholische Bevölkerung zeigte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts kaum mehr als politisch homogene Partei. Vor allem die auf Effizienz ausgerichteten Landwirte erwarteten vom Staate eine Wirtschaftspolitik, die den Bauern als Produzenten von Handelsgütern schützte und begünstigte. Die ideellen Massstäbe der Liberalen und Konservativen erwiesen sich als nebensächlich oder zumindest als unzureichend. Vorab im Surbtal teilte sich die Bauernschaft entsprechend der Prioritäten in katholisch-konservative und fortschrittliche Landwirte. Die Anliegen der Letzteren wurden seit 1885 von Nationalrat Joseph Jäger, Baden, vertreten, der in seinen Presseorganen deren Interessen auf kantonaler und bundesstaatlicher Ebene formulierte. Im regionalen und lokalen Kreis verblieben vor allem die personellen Besetzungen von Bezirks- und Gemeindebehörden. «Modern» ausgerichtete Bauern sollten in Schlüsselstellen gebracht werden, auf dass sie überall, zum Beispiel im bäuerlichen Kredit- und Genossenschaftswesen, Basisarbeit leisten konnten. Die liberale Zurzacher-Presse sprach eher die nichtbäuerlichen Kreise an; im Surbtal vor allem die handeltreibenden Juden. Was lag da näher, als auch im lokalen Raum eine zudienende eigene Zeitung zu begründen. So erschien ab Januar 1895 in Ober-Endingen «Der Surbthaler», zweimal wöchentlich, am Mittwoch und Samstag.

Den «Aargauer Nachrichten» wurde aus Endingen geschrieben: «Das neue Konkurrenzblatt der «Botschaft», welches dazu bestimmt sein soll, diejenigen pfarrherrlichen Sätze zu bringen, die sich für das Hofblatt nicht mehr eignen, wird bei uns das Licht der Welt erblicken. Im Hause des Hrn. Negt.

<sup>154</sup> Frey ist Bezirksamtman und stellt sich zur Wiederwahl.





*Titel des Surbталers vom 12. Juni 1897 (SLB).*

Weibel, in der ehemaligen Post, sind die Pressen (!) aufgestellt, und ein gewisser Erne von Würenlingen wird dessen Druck übernehmen. Das Blatt wird im Format des «Bund» (!) erscheinen, und bereits hat man einige Abzüge zu Gesicht bekommen. Die Farbe ist gut. Etwa 14 Tage vor Neujahr werden die ersten Probenummern erscheinen, und die Festtage sind für unsere Kaplane die geeignete Zeit, dasselbe an ihre Schäflein zu verteilen und zugleich zum Abonnement aufzumuntern. Die «Botschaft» wird dagegen etwas Haare lassen müssen.»<sup>155</sup>

Würden diese Angaben stimmen, dann wäre es schwierig, heute ohne Belegsexemplare die neue Zeitung politisch einzuordnen. Das demokratische Residenzblatt wurde kaum von einem Kenner der politischen Verhältnisse mit dieser Nachricht versehen. Den «Surbthaler» praktisch der sogenannten «Kaplanenpresse» zuzuordnen, ergibt keinen Sinn. Die «Botschaft», schon aus Geschäftsgründen nicht überschäumend von Wohlwollen gegenüber dem Neuling, wusste hier klipp und klar ein- und zuzuordnen. Kritische Bemerkungen der Endinger Zeitung galten zum voraus als anmassend: «Der junge radikale «Surbthaler» muss zunächst noch etwas trockener hinterm Ohr werden, bevor es sich der Mühe lohnt, seine einfältigen Anrempe-lungen einer eingehenden Antwort zu würdigen.»<sup>156</sup> Die «Freie Presse» in Baden, demselben politischen Lager zugehörig, die dem Geschehen etwas näher steht, spielte sich nämlich schon zum Jahreswechsel als Verteidiger dieses Blattes auf: «Eine charakteristische Geschmacklosigkeit! Die ultramontane «Botschaft» in Klingnau lässt ihrem Konkurrenzblatt, dem «Surbthaler», durch einen Korrespondenten das Christentum absprechen! Warum? Weil der «Surbthaler» sich in einer Weihnachtsbetrachtung folgenden Satz «erlaubt» hat: «Wann aber steigt aus sternbesätem Firmamente für die Menschheit die einzig wahre Weihnachtszeit hernieder!?!». Daraus soll nach der «Botschaft» hervorgehen, dass der «Surbthaler» nicht ein christliches, vielmehr ein jüdisches Blatt sei!» Mit dieser Kritik werde die typische «Geschäftsreligion» der

<sup>155</sup> BT, 7. Dez. 1894

<sup>156</sup> «Botschaft», 13. Nov. 1895

«Botschaft» sichtbar. In der Weihnachts-Hoffnung witterte sie nichts als die jüdische Messias-Erwartung, die dann angeprangert werden könnte. Wenn schon, dann dürfte das Klingnauer Blatt den Weihnachtsgedanken anbringen, dass Jesus mit der Beschneidung seine Zugehörigkeit zum Judentum betonen wollte. Daraus wachse Nähe und Verständnis.<sup>157</sup>

Die «Botschaft» ihrerseits fand es bedenklich, dass sich der «Surbthaler» mit Jäger'schem «Geflunker» verteidigen lasse. Zu Anfang habe die junge Zeitung einmal gelobt, «für Recht und Wahrheit einzustehen.» «Also, ihr Herren vom Surbthaler, nur nicht protzig und sackgrob werden!» Gebt doch zu, einen Fehler gemacht zu haben, «es fällt deswegen kein Doktorhut von Eueren jungen Häuptern.»<sup>158</sup>

Auch das Projekt der Surbtalbahn könnte die Gründung einer Zeitung in Ober-Endingen begünstigt haben. 1895–1900 wurde nämlich die Realisierung des Planes von den Einheimischen forciert. Am 1. Mai 1895 fand im «Rössli» in Lengnau eine Volksversammlung zur Situation des Surbtalbahnprojekts statt, an der ca. 500 Personen teilnahmen. Dabei wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die Talschaft als Bittstellerin aufzutreten hätte; die zu erwartenden geringen Frequenzen animierten keine Eisenbahngesellschaft, selbständig vorzuprellen.<sup>159</sup> Als es 1898 um den «Rückkauf der Bahnen» durch den Bund ging, versammelten sich 350 Männer zur politischen Diskussion, und der Bezirk nahm die Verstaatlichungs-Vorlage mit 2355:480 Stimmen an, wohl in der Hoffnung, dass dies die Komplettierung des Netzes beschleunige.<sup>160</sup> Alle diese Daten unterstützen nur die Vermutung, dass die Gründung des «Surbthalers» und der Optimismus der Initianten dem Bahnprojekt erwachsen sein könnte. Leider bleiben wir den Beweis schuldig.

Im Zeitungskopf wurden Karl Erni als Buchdrucker, sowie F. Bugmann als Redaktor genannt; ausserdem wurde angezeigt, dass die Zeitung von der Unterhaltungsbeilage «Abendglocke» begleitet werde. Die Offizin befand sich im späteren Geschäftshaus der Weibel-Möbel AG, nahe bei der Surb, im Parterre.<sup>161</sup> Dem «Surbthaler» war kein langes Leben beschieden. Offenbar war die Basis zu schmal, um als dritte Kraft im Bezirk existieren zu können. 1899 wurde der «Surbthaler» mit dem «Rheinboten» von Zurzach verschmolzen und kam um 1900 als «Volksblatt für den Bezirk Zurzach» heraus. Der Verleger und Drucker Schaufelbühl nahm Karl Erni als Teilhaber und Franz Bugmann als Redaktor ins Geschäft auf.<sup>162</sup>

Das Belegsexemplar mit dem Untertitel «Volksblatt für den Bezirk Zurzach», präsentiert sich zuerst als ansprechende «normale» Zeitung, sei es vom

<sup>157</sup> SFP, 31. Dezember 1896

<sup>158</sup> «Botschaft», 4. Januar 1897

<sup>159</sup> «Botschaft», 1. Mai 1895

<sup>160</sup> «Botschaft», 7. Febr. 1898

<sup>161</sup> Angaben von Dr. Karl Weibel, Endingen

<sup>162</sup> Angaben von Dr. Karl Weibel, Endingen. Auch Blaser.

grosszügigen Formate her, sei es bezüglich der fachmännischen Druckqualität. Das Blatt ist durchgängig dreispaltig gehalten und enthält unter dem Strich über zwei Seiten einen Fortsetzungsroman und unterhaltendes Beiwerk. Zwei «eingekaufte» Leitartikel führen die Frontseite an; («Die Luft als Heilmittel», «Die Katastrophe in Voiron»). Es ist zu vermuten, dass an gleicher Stelle an guten Tagen redaktionelle Arbeiten mit engerem Bezug zum örtlichen Geschehen zu erscheinen pflegen. In den Rubriken «Eidgenossenschaft» finden wir nur Berichte aus «Bundes-Bern», Rapporte aus der Nationalrats- und Ständeratssession; unter «Kantone» Meldungen aus elf einzeln aufgeführten Ständen. «Ausland» und «Neuestes» werden mehr als Füllsel behandelt. Der wichtigste Abschnitt betrifft den «Kanton Aargau»: Grossratswahl im Bezirk Zurzach und «aus dem Rheinkreis». Die politische Richtung ist kaum spürbar. Immerhin fällt auf, dass bei dieser Samstags-Nummer jeder Hinweis auf Kirchliches fehlt. Im Grossen Rat wurde damals das «Wirtschaftsgesetz» durchberaten. Nationalrat Jäger wird gerühmt, weil er sich für Eigengewächswirtschaften eingesetzt habe. Das Gesetz müsse verworfen werden, weil diese nützlichen Schenken «darin verpönt sind». Im Kreis Zurzach sollte nun ein Bauer aus dem Studenland nominiert werden, nachdem andere Kreise in Aarau schon vertreten seien.

Das wichtigste Thema im Frühjahr 1897 waren die Bezirkswahlen. Die Ereignisse lassen sich zwar nur indirekt aus Reaktionen in andern Blättern zusammenreimen. Immerhin wird klar, dass «der Surbthaler» den bisherigen Carl Frei (freisinnig) aus Zurzach zu Fall gebracht hat, obwohl dieser sowohl von konservativer wie von freisinniger Seite her zur Wiederwahl empfohlen worden war. Gewählt wurde dann Arnold Kündig, Fortbildungslehrer, aus Sarmenstorf, mit 1468:991 Stimmen. Auffällig ist diese Wegwahl, weil Carl Frei ein prominenter Politiker war, und die Misstrauenskundgebung zum Anlass nahm, sowohl sein Mandat als Grossrat als auch das Grossratspräsidium für 1897 niederzulegen. An seiner Stelle wurde Fürsprech Schulthess von Brugg, der spätere Bundesrat, zum Präsidenten gewählt. Das Kesseltreiben des «Surbthalers» wurde vom «Rheinboten» als reiner Racheakt einer Gruppe verstimmt Bauern aus besagtem Tale entlarvt. Carl Frei habe zwar gegen deren Interessen, aber menschlich richtig gehandelt, als er einen «weggeanteten» Verkostgeldeten wieder zur geschätzten, ursprünglichen Familie zurückführen liess. Dies wurde nun als Willkürakt gewertet.<sup>163</sup> Der «Rheinbote», Zurzach, schrieb höhnisch von der «ultramontan-konservativ-liberal-radikal-demokratisch-sozialistisch-wilden Partei» aus dem Surbtale und der Aaregend, die diesen Streich ausgeheckt habe.<sup>164</sup>

<sup>163</sup> Damals wurden Waisenkinder alljährlich dem Tiefstbietenden zur Ernährung überlassen. Solche «Knechtlein» waren den Bauern willkommen und minderten die Armenlasten der Gemeinden.

<sup>164</sup> BT, vom 20. und 28. April und 12. Mai 1897, zitiert jeweilen den «Rheinboten»

Die freisinnige Presse in Zurzach und Baden hatte in jeder Phase des Wahlkampfes Partei für den Weggewählten genommen und den «Surbthaler» schon im Vorfeld der Verbreitung von Unwahrheiten bezichtigt.<sup>165</sup> Dass der gestürzte Bezirksamtmann nach Niederlegung seiner politischen Mandate in Aarau die Stelle eines Registrators angenommen hat, wird vom «Badener Tagblatt» wie eine Rehabilitation vermeldet. Er sei als bestqualifizierter aus acht Bewerbern ausgewählt worden.<sup>166</sup> Diese unglückliche Geschichte hat dem jungen Blatt wohl nicht nur Freunde geworben. Und auf dem Inseratenmarkt herrschte im Bezirk Zurzach sowieso eine beängstigende Enge: In Nr. 49 stammten ca. die Hälfte der Anzeigen (von Inseraten einer Seite) aus dem Surbtal und Döttingen, die andere Hälfte kam von Zurzach oder enthielt auswärtige Reklame. «Botschaft» und «Surbthaler» kamen sich auch bezüglich Abonnenten in die Quere, sicher mehr als «Rheinbote» und «Surbthaler». «Ein Winkelblättchen ... möchte die Verwerfung des Viehversicherungsgesetzes der «Botschaft» in die Schuhe schieben», weil sie zur Zeit der Behandlung im Grossen Rat einiges zu kritisieren gehabt hatte. Warum waren es vor allem die Surbtaler Bauern, die sich durch Ablehnung der Vorlage selber schaden wollten? Es sei klar, dass «die jungen Zeitungsschreiber» mit solchen Vorwürfen nur für ihr eigenes Blättchen werben wollen.»<sup>167</sup> Die Vereinigung der Endinger Zeitung mit dem Zurzacher Blatt wurde begünstigt durch die Wahlkreiseinteilung: das mittlere und untere Surbtal zählte zum Kreis Zurzach. Die «Botschaft» meldete am 21. November 1899 den nackten Sachverhalt: ««Rheinbote» und «Surbthaler» werden mit Anfang Dezember eingehen und an dessen Stelle ein freisinnig-demokratisches Blatt unter dem Titel «Volksblatt» in Zurzach erscheinen. Die technische Leitung des Blattes besorgen die bisherigen Verleger des «Rheinboten» und «Surbthaler», die Redaktion die Herren Bergmann in Döttingen und Emil Willi, Obermüller in Reckingen (sic).»

Dass sogar versucht wurde, dem Kreis Kaiserstuhl (oberes Surbtal, Studienland und Kaiserstuhl) ein separates Organ zu vermitteln, grenzt schon fast ans Grotteske. Ob der «Grenzbote von Kaiserstuhl» von 1899 je im Aargau einen Abonnentenkreis besessen hat, ist kaum mehr auszumachen. Tatsächlich handelte es sich um eine Separat-Ausgabe der Zeitung «Glatt» von Bassersdorf (Zürich), die auch den «Rafzerfelder-Boten» als Kopfblatt herausgab. In der einzigen Nummer, die vorhanden ist, findet sich auf sechs Seiten keine einzige Mitteilung aus dem Bezirk Zurzach, geschweige vom Städtchen selber. Die drei Seiten Anzeigen stammen sämtliche aus dem Kanton Zürich; Inserate sollten laut Anweisung auch direkt bei der Expedition

<sup>165</sup> BT, 9. und 10. April 1897

<sup>166</sup> BT, 19. Mai 1897

<sup>167</sup> «Botschaft», 5. Dez. 1898

in Bassersdorf eingereicht werden. Der Untertitel lautet: «Allgemeiner Anzeiger für die benachbarten schweizerischen und grossherzoglich badischen Gemeinden». Die politische Tendenz der Hauptzeitung «Glatt» war ursprünglich links-demokratisch und sozialistisch,<sup>168</sup> daher darf angenommen werden, dass der «Grenzbote» davon in Nichts abweicht. Das Erscheinungsjahr 1899 wird in der offiziellen Biographie der Zeitungen vorn und hinten mit einem Fragezeichen versehen. Damit gründen alle Angaben auf dem einen Exemplar, das in der Landesbibliothek aufbewahrt wird. Der einzige Bezug zu Kaiserstuhl findet sich im Hinweis: «Verlag: Fritz Burkhardt, Lithographie und Druckerei, Kaiserstuhl». Tatsächlich finden wir in der vorliegenden Nummer Zeichnungen der massgebenden Offiziere und Richter im Dreyfuss-Prozess. Es ist daher anzunehmen, dass nur die Illustrationen zu diesem Blatt aus dem Aargau stammen, alles übrige die Nordostecke des Kantons nur insoweit betrifft, als dort eine zürcherische Zeitung verkauft werden sollte. Das Blatt wurde zweimal die Woche, mittwochs und samstags, ausgeliefert. Da die Expedition in Bassersdorf stattfand, dürfte der Druckort des Blattes kaum Kaiserstuhl gewesen sein. Der «Grenzbote» von Kaiserstuhl wäre demnach als Versuch zu werten, im vermeintlichen Niemandsland des Nachbarkantons «unterm Hag durchzufressen».

---

<sup>168</sup> Blaser